



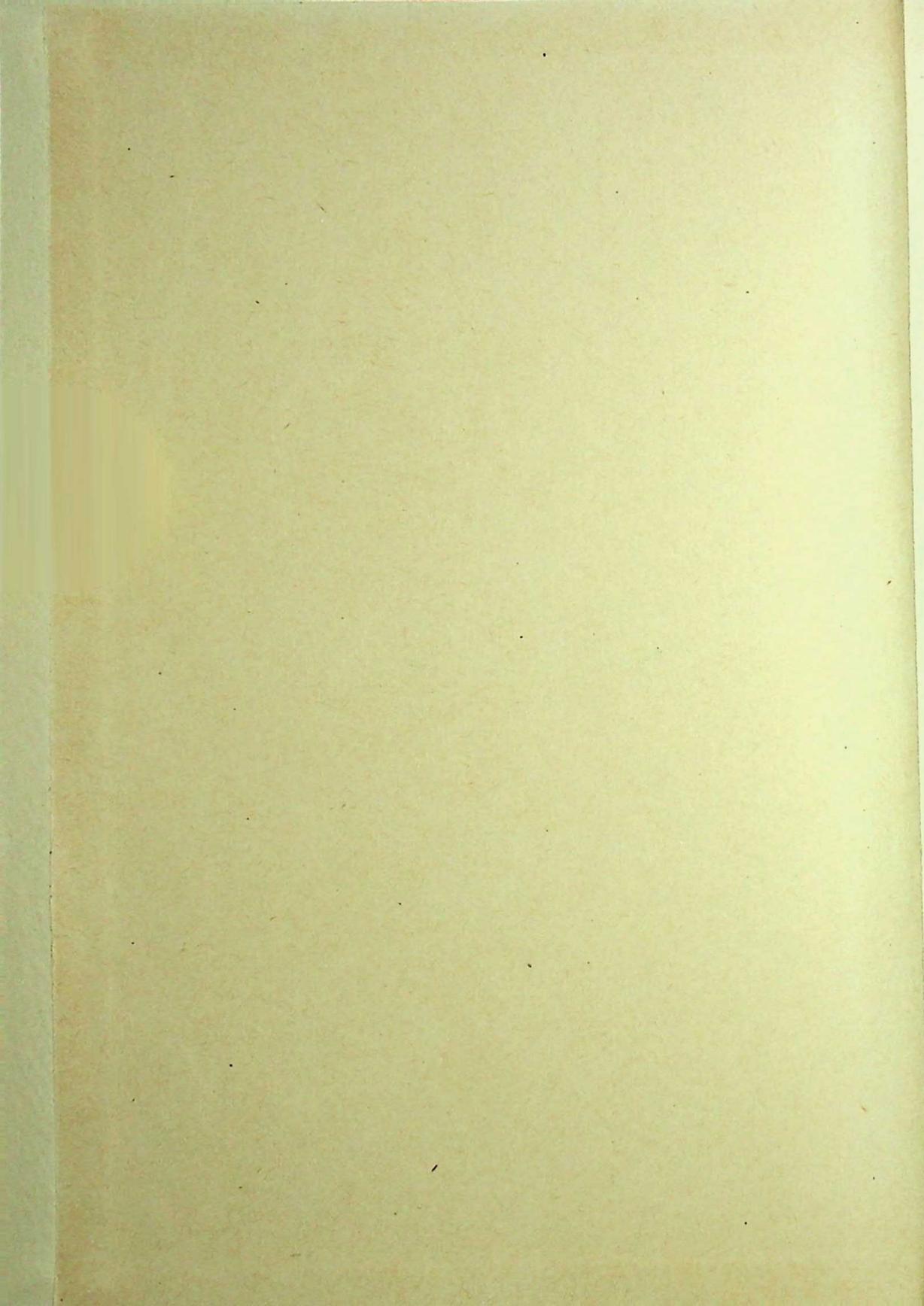
www.MinisterieVanPropaganda.org

WILHELM PIECK
REDEN UND
AUFsätze

BAND III

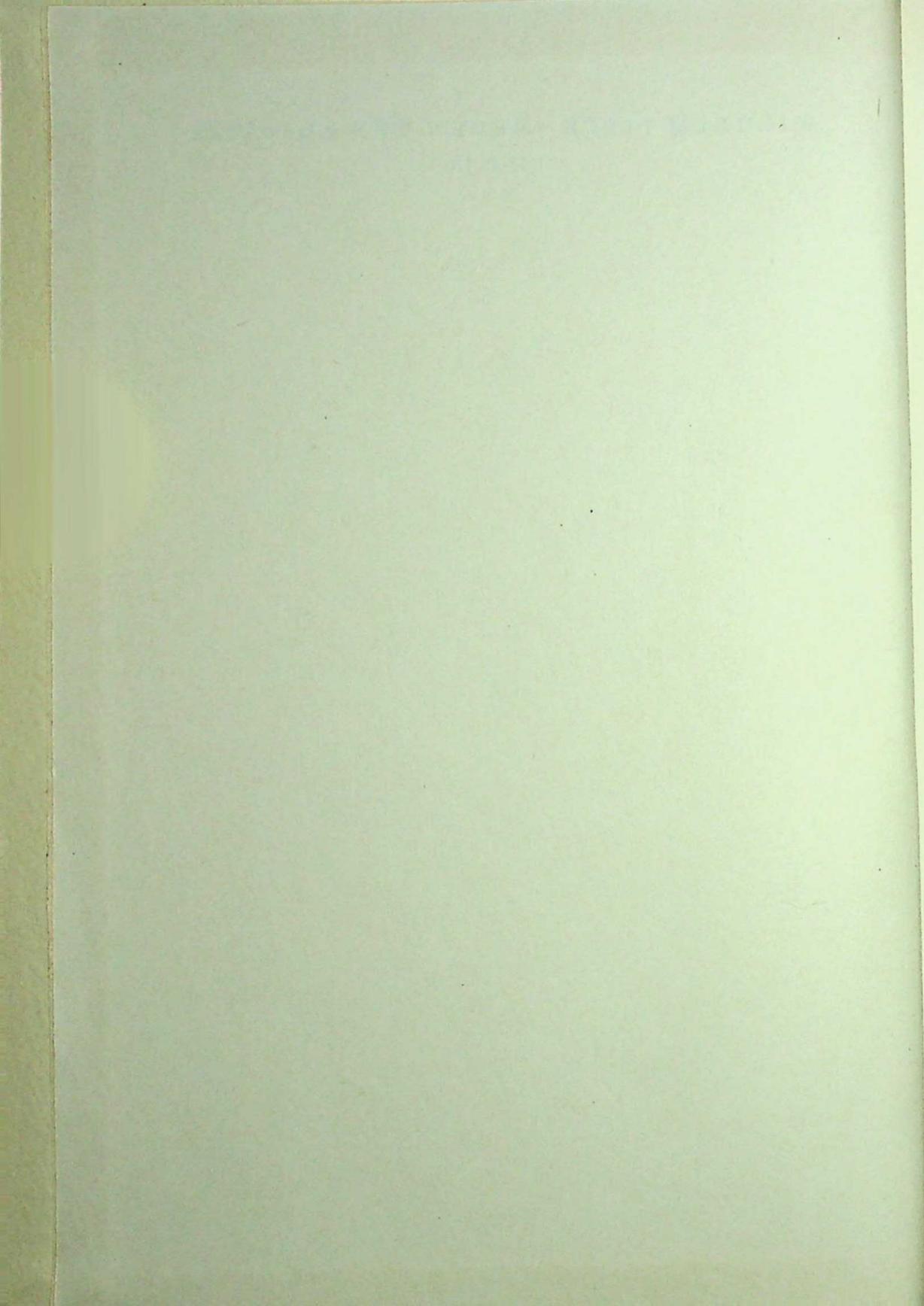
AUSWAHL AUS DEN JAHREN

1950-1953



WILHELM PIECK · REDEN UND AUFSÄTZE

BAND III



MARX-ENGELS-LENIN-STALIN-INSTITUT BEIM ZK DER SED

WILHELM PIECK

REDEN
UND
AUFsätze

BAND III

AUSWAHL AUS DEN JAHREN
1950-1953



DIETZ VERLAG BERLIN

1954

Mit achtzehn Bildbeilagen

2. Auflage • 31.—60. Tausend

Dietz Verlag GmbH, Berlin • 1. Auflage 1954 • Printed in Germany • Alle Rechte vorbehalten • Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf • Papierformat: 61×86 cm • Autorenbogen: 36,5 • Druckbogen: 44 • Lizenznummer 1 • Druck: (III/18/157) VEB Deutsche Musikalien-Druckerei, Leipzig

VORBEMERKUNG

Der dritte Band der Reden und Aufsätze des Genossen Wilhelm Pieck wurde auf Beschluß des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum 78. Geburtstag des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik und Vorsitzenden des Zentralkomitees der SED herausgegeben.

Er enthält eine Auswahl der Reden und Schriften Wilhelm Piecks von November 1950 bis Oktober 1953 und stellt eine Fortsetzung der im Jahre 1951 erschienenen beiden Bände dar.

Die im vorliegenden Band vereinigten Arbeiten tragen verschiedenen Charakter. Es sind vor allem Reden in volkseigenen Betrieben, auf Kundgebungen und Festveranstaltungen, Ansprachen im Rundfunk und auf Empfängen, Briefe, Artikel und Vorträge.

Sie alle widerspiegeln die allseitige mobilisierende und erzieherische Tätigkeit des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik und Vorsitzenden des Zentralkomitees der SED, seinen unermüdlichen, zielbewußten Kampf für ein friedliebendes, demokratisches Deutschland, für die Festigung der unzerstörbaren Freundschaft mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern, für die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, für die weitere Entwicklung der SED als einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei der deutschen Arbeiterklasse, für die Überzeugung der werktätigen Massen von der Richtigkeit der Politik der Partei, für den Zusammenschluß aller fortschrittlichen, patriotischen Kräfte im Kampf um den Frieden, die Einheit unseres Vaterlandes und den Wohlstand unseres Volkes.

Fast alle Ansprachen, Briefe und Artikel, die in der Zeit des Kampfes für die Verwirklichung des neuen Kurses der Partei und Regierung entstanden sind, wurden in diesen Band aufge-

nommen. Sie bringen zum Ausdruck, welch hervorragenden Anteil Genosse Wilhelm Pieck an der Durchführung des neuen Kurses und an der Verteidigung der Einheit und Reinheit der Partei hat.

Besonders sei auf die Schriften zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hingewiesen, die ein bedeutender Beitrag zu einer wahrheitsgetreuen, parteilichen Ausarbeitung der deutschen Geschichte sind.

Alle im vorliegenden Band enthaltenen Reden und Aufsätze sind chronologisch geordnet. Einige sind gekürzt.

Am Schluß des Bandes sind biographische Daten und ein Verzeichnis der seit Ende 1950 in Einzelausgaben erschienenen Reden und Aufsätze von Wilhelm Pieck beigefügt.

*Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut
beim ZK der SED*

November 1950 bis Oktober 1953

Mit ganzer Kraft das Aufbauwerk vollenden

*Ansprache anlässlich der Vereidigung der Regierungsmitglieder
15. November 1950*

Nachdem die eidliche Verpflichtung verfassungsgemäß vollzogen ist, sind Sie, Herr Ministerpräsident, die Herren Stellvertreter des Ministerpräsidenten und die Herren Minister, nunmehr amtierende Mitglieder der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. An Stelle der Provisorischen Regierung, die das deutsche Volk am 12. Oktober 1949 bildete, um die Unterjochungspläne der drei westlichen Besatzungsmächte mit der Sicherung der Grundlagen für Einheit, Unabhängigkeit, Demokratie und Frieden für Deutschland zu beantworten, ist jetzt, Herr Ministerpräsident, Ihre Regierung getreten, die nicht mehr die Bezeichnung „provisorisch“ führt.

Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident, ist das Ergebnis der demokratischen Volkswahlen vom 15. Oktober 1950, und die Grundlage Ihrer Regierung ist das Bekenntnis der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes für Einheit, Unabhängigkeit und Frieden. Dieser eindrucksvolle Vertrauensbeweis, den unser Volk am 15. Oktober 1950 ablegte, ist zu einem großen Teil auf die Tätigkeit und die Erfolge zurückzuführen, die die Provisorische Regierung unter Ihrer Führung in dem nur kurzen Zeitraum von einem Jahr aufzuweisen hat. Eine um so größere Verantwortung erwächst hieraus für die vor Ihnen liegende Tätigkeit. Die Aufgaben, die Ihrer Regierung gestellt sind, sind unvergleichlich größer als die, die die bisherige Regierung hatte.

Jetzt geht es darum, mit der Verwirklichung des Fünfjahrplans vor dem gesamten deutschen Volk in Ost und West, Nord und Süd unseres Landes den überzeugenden Nachweis zu führen, daß das deutsche Volk, wenn es frei ist von der Zwangsjacke der Imperialisten, über unversiegbare Arbeitsquellen verfügt und imstande ist, sie für sein eigenes Wohl, zur Mehrung seines eigenen Reichtums zu mobilisieren. Wir können und werden

diesen Nachweis führen, weil das deutsche Volk im Gebiete unserer Republik von imperialistischer Knechtung und Ausplünderung frei ist. Veranschaulichen wir vor dem gesamten deutschen Volk, daß die zunehmende soziale, kulturelle und politische Verelendung in den deutschen Gebieten unter westlicher Besatzung eine direkte Folge der Deutschlandpolitik der imperialistischen Staaten ist. Unter Ihrer Führung, Herr Ministerpräsident, ist Ihre Regierung berufen, diesen großen, die weitere geschichtliche Entwicklung unseres Volkes zutiefst beeinflussenden Nachweis zu lenken und zu leiten.

Sie können gewiß sein, Herr Ministerpräsident, daß Ihre Arbeit von Erfolg gekrönt sein wird. Unser Volk wartet nicht nur auf die Ergebnisse des Fünfjahrplans. Es hat am 15. Oktober klar und eindeutig bekundet, daß es seine ganze Kraft, all seine Fähigkeiten der Regierung zur Verfügung stellt, um mit ihr gemeinsam das große Aufbauwerk zu vollbringen.

Sie können, Herr Ministerpräsident, mit Ihrer Regierung hoffnungsvoll an die vor Ihnen liegende Arbeit gehen, weil unsere Republik inzwischen in ein Stadium fester und freundschaftlicher Beziehungen mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern getreten ist, mit ihnen ein umfangreiches Netz mannigfaltiger Verträge hergestellt hat, gemeinsam mit ihnen im Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe arbeitet und somit die weiteren Voraussetzungen für einen erfolgreichen Aufbau gegeben sind.

Eine weitere große, zentrale Aufgabe haben Sie, Herr Ministerpräsident, ohne deren Lösung die Aufbaupläne nicht denkbar sind: die Sicherung des Friedens für Deutschland. Auf der Prager Außenministerkonferenz haben wir die große Verpflichtung übernommen, alle unsere Kräfte für die Herbeiführung der Einheit unseres Vaterlandes auf friedlichem Wege einzusetzen und das Aufleben eines aggressiven deutschen Imperialismus zu vereiteln. Wir wissen, daß dies eine schwere Aufgabe ist, daß wir die Widerstände all jener ausländischen und deutschen an der Macht befindlichen Kreise zu überwinden haben, die in einem neuen Krieg ihr großes Geschäft sehen. Und dennoch ist diese Aufgabe lösbar. Das deutsche Volk, gleich in welchem Teile unseres Vaterlandes es lebt, will keinen dritten Weltkrieg.

Die Frage der Erhaltung des Friedens für unser Volk ist lösbar, weil der Widerstand in unserem Volk gegen die Remilitarisierung ständig steigt und somit sich immer größere Teile unseres Volkes mit dem Weltfriedenslager und mit der unbeirrbareren Friedenspolitik der Sowjetregierung und ihres großen Leiters, Generalissimus Stalin, verbinden. Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident, dessen bin ich gewiß, wird alle jene Bestrebungen in Deutschland fördern und unterstützen, die auf die Herstellung der Einheit Deutschlands und auf die Erlangung eines Friedensvertrages gerichtet sind. Der Umstand, daß unsere Republik fester Bestandteil des großen Weltfriedenslagers ist, daß unsere Außenpolitik auf der engen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den freundschaftlichen Beziehungen mit allen friedliebenden Völkern beruht, gibt uns die Zuversicht, unserem Volke den Frieden erhalten zu können.

„Neues Deutschland“ vom 16. November 1950.

Unzerstörbare Freundschaft mit Volkspolen!

*Begrüßungsansprache an den Präsidenten
der Volksrepublik Polen in Warschau*

Hochverehrter, lieber Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Liebe polnische Freunde!

Es ist mir ein wahres Herzensbedürfnis, Ihnen, Herr Präsident, für Ihre Einladung, Ihre freundschaftliche Begrüßung und für Ihre politisch so bedeutungsvolle Rede zu danken. Ihnen allen, die Sie hier das polnische Volk, seine Arbeiter und Bauern sowie seine schaffende Intelligenz vertreten, danke ich für die großzügige Gastfreundschaft und die zahlreichen Beweise des uns entgegengebrachten Vertrauens. Alles das ist ebenso wie der heutige Abend Ausdruck dafür, daß etwas politisch Neues in den Beziehungen zwischen unseren Völkern eingetreten ist. Es ist das neue Verhältnis gutnachbarlicher und aufrechter Freundschaft. Wir sehen mit Ihnen darin die Bürgschaft, daß unseren beiden Völkern eine friedliche und glückliche Zukunft gesichert wird. Mehr als je ist es daher notwendig, zwischen unseren beiden Völkern den Frieden zu festigen und die Freundschaft unzerstörbar zu machen.

Liebe polnische Freunde! Es ist erst wenige Wochen her, daß sich hier in Warschau rund 2000 Delegierte und Teilnehmer aus 81 Ländern zum zweiten Weltfriedenskongreß versammelten. Ich war heute im Haus dieser Tagung. Der Name der polnischen Hauptstadt war in diesen Wochen im Munde aller Menschen, die sich nach der Erhaltung des Friedens sehnen und darum gegen neue imperialistische Kriegsverbrechen kämpfen. Der Warschauer Weltfriedenskongreß hat Tausenden friedliebenden Menschen aller Länder in diesem Kampf neue Richtlinien, neue Hoffnungen und neue Kraft gegeben.

Inzwischen hat die amerikanische Aggressionspolitik zu einer

neuen Verschärfung der Kriegsgefahr geführt. Mit einer Großsprecherei, die einem Adolf Hitler angepaßt gewesen wäre, hatte MacArthur, der amerikanische Oberbefehlshaber in Korea, die restlose Vernichtung der tapferen koreanischen Volksarmee angekündigt. Mit einem riesigen Einsatz von Waffen und Material hatte er eine Generaloffensive gestartet. Sie ist kläglich gescheitert. Die heldenhafte koreanische Volksarmee hat mit der opfermütigen Hilfe chinesischer Freiwilligenverbände dem großsprecherischen amerikanischen General eine katastrophale Niederlage zugefügt.

Angesichts ihrer Niederlage versuchen die amerikanischen Kriegsbrandstifter das Schwergewicht ihrer aggressiven Kriegspolitik nach Europa zu verlegen. In diesen Plänen spielt Westdeutschland eine besondere Rolle. Die imperialistischen Bestrebungen haben in ihren Besatzungszonen die alten deutschen Kriegstreiber, die Herren der Banken und der Schwerindustrie, nicht nur geschont, sondern sie obendrein wieder in der Wirtschaft und im Staatsapparat in herrschende Positionen eingesetzt. Die amerikanischen Imperialisten betreiben mit aller Kraft die Remilitarisierung Westdeutschlands. Heute spielen dort gewisse westdeutsche Monopolherren, adlige Junker und Hitlergenerale in ihrer Zusammenarbeit mit den amerikanischen Kriegsbrandstiftern dieselbe Rolle von Volks- und Landesverrätern, die ein Teil der polnischen Großkapitalisten und Großgrundbesitzer in ihrer Zusammenarbeit mit Hitler gespielt hat.

Es wäre aber falsch, diese deutschen Agenten amerikanischer Kriegstreiber mit dem ganzen deutschen Volk gleichzusetzen. Es gibt tausendfältige Beweise, daß die Bevölkerung der westdeutschen Bundesrepublik von tiefer Sehnsucht nach Frieden und aufbauender Arbeit erfüllt ist. Die historischen Aufgaben der Deutschen Demokratischen Republik und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bestehen darin, für alle friedliebenden Deutschen zu der großen Anziehungskraft zu werden, die ihnen den Weg zu nationaler Einheit, zur Erringung eines gerechten Friedensvertrages und zur Demokratie weist.

Die Prager Außenministerkonferenz, die auf Initiative der Sowjetregierung stattfand, hat praktische und durchaus erfüllbare Vorschläge gemacht, um einen gerechten Friedensvertrag

für Deutschland zu schaffen und auf friedlichem Wege die Einheit eines demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Deutschlands zu erreichen. Die Regierung unserer Deutschen Demokratischen Republik hat sich rückhaltlos auf den Boden dieser Vorschläge gestellt. Unser Ministerpräsident Otto Grotewohl hat mit seinem Brief an Adenauer im Sinne der Beschlüsse von Prag einen bedeutungsvollen Schritt für die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unternommen.

Wir wissen, daß wir in unserem Kampf für die nationale Einheit eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands die Unterstützung des polnischen Volkes haben, weil einzig und allein diese Politik den Interessen aller friedliebenden europäischen Völker entspricht. Alle Nachbarvölker Deutschlands sehen mit Recht in der amerikanischen Politik der Wiederaufrüstung des Militarismus in Westdeutschland eine Gefährdung des Friedens und ihrer Sicherheit. Alle europäischen Völker sehen darum auch in unserem Bestreben, ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland zu schaffen, eine Sicherung ihres eigenen Friedens und ihrer eigenen nationalen Existenz.

In Durchführung der Beschlüsse des Warschauer Weltfriedenskongresses hat die Regierung unserer Deutschen Demokratischen Republik der Volkskammer ein Gesetz zum Schutz des Friedens vorgelegt, das am Freitag voriger Woche von der Volkskammer einstimmig beschlossen wurde. Nach diesem Gesetz erhält derjenige schwere Strafe, der andere Völker oder Rassen schmäht, gegen sie hetzt, zum Boykott gegen sie aufruft, um die friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern zu stören und das deutsche Volk in einen neuen Krieg zu verwickeln. Wir haben nicht die Absicht, das neue gutnachbarliche und freundschaftliche Verhältnis zwischen den Völkern des großen Friedenslagers, darunter auch Volkspolen, durch imperialistische Agenten stören zu lassen. Dieses Gesetz zum Schutze des Friedens wird unseren friedlichen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik gegen alle Störenfriede sichern.

Mein Besuch in Warschau erfolgte kurze Zeit nach der Ratifizierung des Abkommens über die Markierung der festgelegten und bestehenden polnisch-deutschen Staatsgrenze an der Oder

und der Lausitzer Neiße. Die Begegnung der Präsidenten unserer beiden Republiken ist das weithin sichtbare Symbol dafür, daß zwischen unseren Völkern alle strittigen Fragen geregelt sind und eine feste Grundlage für ewigen Frieden und unzerstörbare Freundschaft geschaffen ist.

Auf der Grundlage dieses Verhältnisses der guten Nachbarschaft und der engen Freundschaft können sich sowohl unsere wirtschaftlichen Beziehungen als auch die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der kulturelle Austausch zum Nutzen beider Völker voll entfalten. Nächst der Sowjetunion steht Polen an zweiter Stelle in unserem Außenhandel, wie auch wir den gleichen Platz im polnischen Außenhandel einnehmen. In dieser Frage zeigt sich auch ganz besonders überzeugend, in welchem hohem Maß die Bevölkerung Westdeutschlands von den guten Beziehungen unserer beiden Völker gewinnen könnte.

Auch die anderen Warschauer Abkommen vom 6. Juni haben bereits ihre Früchte getragen. Der Informationsaustausch über die langfristige Wirtschaftsplanung, das Abkommen über den Austausch der wissenschaftlich-technischen Erfahrungen und das Protokoll über den gegenseitigen Kulturaustausch haben Planwirtschaftler, Aktivisten, Wissenschaftler und Künstler von einem Volke zum anderen geführt. Dabei ist nicht nur für beide Teile bereits viel geleistet worden, sondern es ist auch in der Zusammenarbeit eine herzliche und kameradschaftliche Verbundenheit zwischen den Vertretern beider Völker entstanden. Ich hoffe und wünsche, daß sich diese direkten und persönlichen Beziehungen noch weiter entfalten und für unsere beiden Völker fruchtbar werden.

Die heutige Rundfahrt durch Warschau hat einen tiefen und unauslöschlichen Eindruck auf mich gemacht. Seitdem ich das letztemal im September 1949 zum Vereinigungskongreß der Widerstandskämpfer hier war, ist Gigantisches für den Wiederaufbau der Stadt geleistet worden. Zu solchen Leistungen ist nur ein befreites Volk fähig, das in dem Bewußtsein schafft, seine eigene friedliche und glückliche Zukunft zu haben. Die Macht der Volksdemokratie hat alle schöpferischen Kräfte des polnischen Volkes geweckt, hat seinen großen Talenten und Fähigkeiten neue Entfaltungsmöglichkeiten gegeben, hat die Arbeiter und

Techniker mit dem Arbeitselan erfüllt, der die Aktivisten der Produktion zu so großen Leistungen befähigt. Ich hoffe und wünsche, daß unsere Techniker und Leiter, unsere Aktivisten und Jungaktivisten, die zu ihrer Information zu Ihnen gekommen sind und noch kommen werden, nicht nur praktische Erfahrungen, sondern auch etwas von diesem Elan des Aufbaus mit in unsere Republik zurücknehmen werden.

Die Fahrt durch Warschau hat mich erneut mit dem Bewußtsein erfüllt, daß unser aller vordringlichste Sorge die Erhaltung und Sicherung des Friedens sein muß. Die Stärke der Weltfriedensbewegung hat sich hier in Warschau eindrucksvoll manifestiert. Dieses Lager ist unbezwingbar. An seiner Spitze steht die große und mächtige Sowjetunion und ihr großer Führer, unser aller Lehrer, Genosse Stalin. Unter seiner Führung hat die Sowjetarmee nicht nur Polen und Deutschland befreit, sondern auch die Hitlerkriegsmaschine, die als die stärkste der Welt betrachtet wurde, restlos zerschlagen.

Mögen die Herren Kriegstreiber jenseits des Ozeans das Schicksal ihres Vorkämpfers nicht vergessen. Wir sind gewiß, daß unter der Führung der Sowjetunion und des Generalissimus Stalin der Kampf für den Frieden gewonnen wird. Das große Friedenslager wird in jedem, wie immer gearteten Kampf siegen. Mit dem Ausdruck dieser Gewißheit möchte ich schließen:

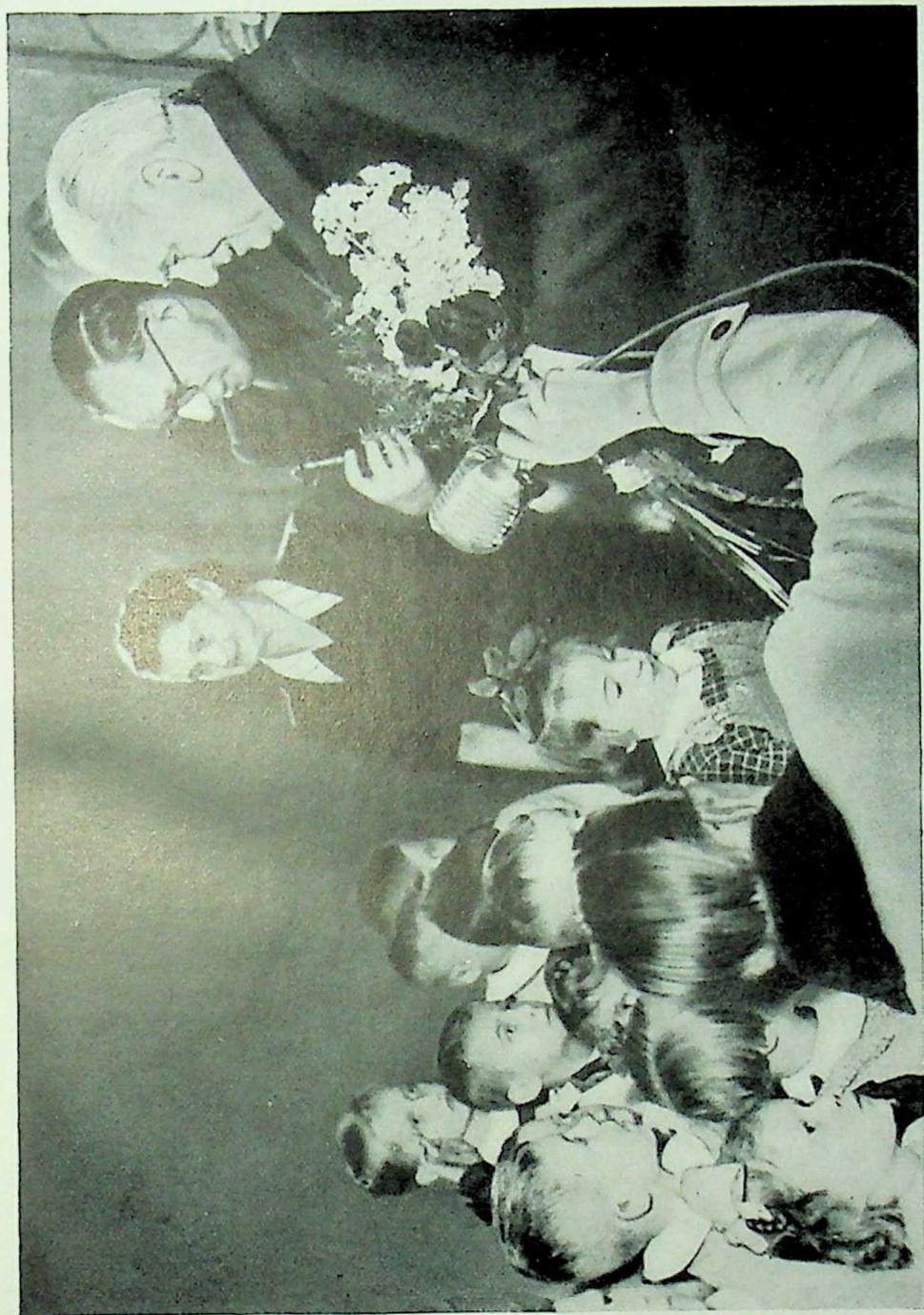
Es lebe der gemeinsame Kampf aller Völker für den Frieden!

Es lebe die deutsch-polnische Freundschaft!

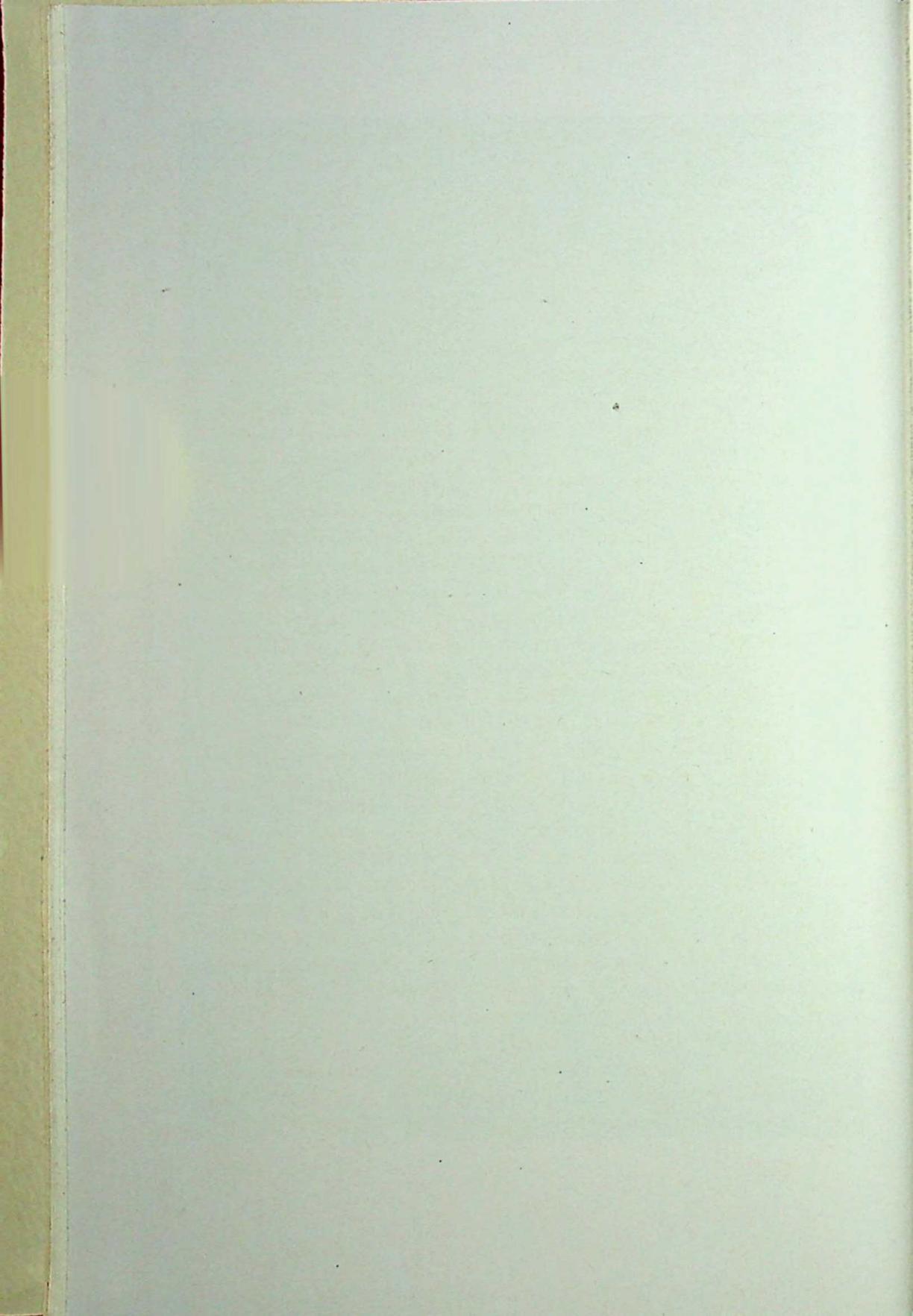
Es lebe die Polnische Volksrepublik und ihr Präsident Boleslaw Bierut!

Es lebe die große und unbesiegbare Friedensmacht, die Sowjetunion, und unser großer Freund, der Führer der gesamten friedliebenden Menschheit, Generalissimus Stalin!

„Neues Deutschland“ vom 21. Dezember 1950.



Präsident Wilhelm Pieck beim Besuch des Kindergartens im Traktorenwerk „Ursus“ bei Warschau



Neujahrsbotschaft an das deutsche Volk

1951

Deutsche Männer und Frauen!

Deutsche Jugend!

Als ich vor einem Jahre zum ersten Male als Präsident der Deutschen Demokratischen Republik in der Silvesternacht zu Ihnen sprach, sagte ich Ihnen, daß das Jahr 1950 uns vor große Aufgaben stellen, aber auch neue Erfolge bringen wird. Blicken wir jetzt am Jahresende zurück, so dürfen wir mit Stolz sagen, es waren wahrhaft große Aufgaben, die gelöst wurden, und es sind Erfolge erzielt worden, die größer sind, als viele erwartet haben. Wenn ich von „wir“ spreche, so verstehe ich darunter die Werktätigen unserer Deutschen Demokratischen Republik, den Arbeiter an der Werkbank ebenso wie den Bauern hinterm Pflug, den Techniker und den Ingenieur unserer Betriebe ebenso wie den Wissenschaftler und den Forscher in unseren Instituten oder den Künstler und den Schriftsteller.

Ihnen allen ist es zu danken, daß wir den Zweijahrplan der Wiederherstellung unserer Volkswirtschaft in knapp einem Jahre und acht Monaten im wesentlichen erfüllen konnten. Dem Zusammenwirken aller antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen im Block der Einheitsfront ist es zu danken, daß wir unseren neuen demokratischen Staat festigen und ausbauen konnten. Dem Wirken der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ist es zu danken, daß die Wahlen am 15. Oktober 1950 zur Volkskammer, zu den Länder-, Kreis- und Gemeindeparlamenten zu einem in der deutschen Geschichte beispiellosen Sieg der Einmütigkeit im Kampf für Frieden, Aufbau und Wohlstand geworden sind.

Das Zusammenwirken aller friedlichen, aufbauwilligen nationalen Kräfte hat gute Früchte getragen. Von den noch bescheidenen Rationserhöhungen am Ende vorigen Jahres konnten wir im

Laufe dieses Jahres zu sehr wesentlichen Erhöhungen übergehen und ausschlaggebende Grundnahrungsmittel überhaupt freigeben. Mit dem Ende dieses Jahres findet auch die Bewirtschaftung von Brot und allen Nahrungsmitteln aus Getreide und Hülsenfrüchten ihr Ende. Die Erhöhung der Löhne und Gehälter, die Verbesserung der Rentenbezüge unserer Alten und Kranken, die Entschuldung der Neubauern und Altsiedler, die Unterstützungsmaßnahmen für die Umsiedler und die mehrfachen Preissenkungen im freien Handel haben die Lebenshaltung aller Bevölkerungsschichten beträchtlich gehoben. Unsere Aktivisten und Jungaktivisten, die Brigaden der ausgezeichneten Qualität und des Wettbewerbs haben in angestrenzter Arbeit Großes geleistet. Sie alle und mit ihnen das ganze Volk sind aber auch die Nutznießer dieser Leistungen. Eine Fülle von Verordnungen und fortschrittlichen Gesetzen kennzeichnet den ständigen wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg in unserer Republik.

Diese erfolgreiche Entwicklung erhält durch den vom III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei entworfenen Fünfjahrplan einen neuen gewaltigen Ansporn. Morgen, am 1. Januar, beginnt das erste Jahr seiner Verwirklichung. Der Fünfjahrplan sieht die weitere Entfaltung unserer Grundindustrien, der Kohlenförderung, der Hüttenbetriebe, der chemischen Industrie und des Schwermaschinenbaus vor. Damit schaffen wir die Grundlagen für eine volle und ungehemmte Entfaltung der hochentwickelten Fertigwarenproduktion, durch die sich die deutsche Wirtschaft sogar in ihrer imperialistischen Vergangenheit ausgezeichnet und einen beachtlichen Platz in der Weltwirtschaft errungen hat. Eine eigene Handelsflotte wird uns mit China und anderen wichtigen Märkten und Rohstoffquellen verbinden. Unsere Fischereiflotte wird uns in steigendem Maße mit Fischen versorgen. Durch die Lieferungen unseres Maschinenbaus und der chemischen Industrie wird unsere Landwirtschaft in die Lage versetzt werden, entsprechend dem Fünfjahrplan die Erträge des Feldbaus um ein Viertel zu steigern, die Viehzucht und ihre Nutzleistung beträchtlich zu erhöhen. Alles das zusammen, die Entfaltung unserer industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, unseres Außen- und Innenhandels, wird uns im Jahre 1951 gestatten, weitere große Schritte zur restlosen Überwindung

der Kartenwirtschaft zu tun und der friedensmäßigen Versorgung unserer Bevölkerung auf allen Gebieten näherzukommen.

In diesen Stunden der Besinnung, des Rückblicks und des Ausblicks ist es vielleicht nützlich, daran zu erinnern, daß es viele Böswillige und Kleingläubige gab, die an der Erfüllbarkeit unseres Zweijahrplans zweifelten, als er entworfen, diskutiert und festgelegt wurde. Heute sind sie alle durch die im Leben jedes einzelnen Bürgers unserer Republik spürbaren Erfolge widerlegt oder sogar Lügen gestraft. So werden wir auch die großen Aufgaben erfüllen, die der Fünfjahrplan uns stellt. Dazu ist aber erforderlich, daß in unseren volkseigenen Betrieben noch besser und systematischer geplant wird, daß die Initiative und Arbeitsfreude der schaffenden Menschen durch die Aktivistenpläne zur vollen Entfaltung gebracht wird, daß die Arbeitszeit, die Rohstoffe und der Energieverbrauch noch sorgfältiger und sparsamer kalkuliert werden. Nur wer mit jeder Sekunde, mit jedem Gramm und jedem Pfennig spart, wird dazu beitragen, den allgemeinen Wohlstand unserer Bevölkerung zu heben. Sorgen wir alle dafür, daß sich unsere volkseigenen Betriebe, unsere volkseigenen Güter und unsere Maschinenausleihstationen, unsere Forschungsinstitute und unser gesamter Staats- und Verwaltungsapparat auf der Höhe der großen Aufgaben des Fünfjahrplans erweisen. Gehen wir mit diesem Bewußtsein und dieser Entschlossenheit in das neue Jahr, dann wird es ein Jahr noch größerer Fortschritte, noch schönerer Erfolge sein, als es das vergangene Jahr bereits war.

Liebe Landsleute in Ost und West!

Dieses zuversichtliche Planen für eine von Arbeitsfreude und Erfolgen erfüllte Zukunft wird jedoch von der Kriegshysterie beeinträchtigt, die aus dem Lager der amerikanischen Imperialisten kommt. Fünftausend Meilen von ihren eigenen Grenzen entfernt, führen die amerikanischen Imperialisten Krieg gegen das koreanische Volk, das um seine nationale Einheit und Unabhängigkeit kämpft. Nach den schweren Niederlagen, die sie in Korea erlitten haben, betreiben sie nun mit fiebriger Hast die Remilitarisierung Westdeutschlands. Nach der Brüsseler Kriegskonferenz der sogenannten Atlantikpaktmächte soll Westdeutschland zum Aufmarschgebiet und Kriegsschauplatz gemacht

werden. Die Gefahr, die dem deutschen Volke von dieser Seite droht, ist riesengroß. Aber das deutsche Volk hat auch die Kraft und die einzigartige Möglichkeit, sich selbst und Europa den Frieden zu sichern. Entscheidend dafür ist, daß die Einheit eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands hergestellt, daß diesem Deutschland ein gerechter Friedensvertrag gegeben wird und alle Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen. Den Weg zu diesem großen Ziel hat die Prager Außenministerkonferenz gezeigt.

Die Regierung unserer Republik hat mit dem Brief ihres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Bundeskanzler Adenauer den ersten Schritt getan, um im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und den Aufgaben eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind. Unsere Regierung hat damit alle Prestigefragen, alle Meinungsverschiedenheiten der großen nationalen Notwendigkeit untergeordnet, daß die Deutschen selbst ihre Vorschläge für die Wiederherstellung der Einheit und für einen Friedensvertrag beraten und ausarbeiten. Dieser Schritt entspricht durchaus der Politik, die wir vom Tage der Gründung unserer Republik an befolgt haben.

Die verschärften Kriegsmaßnahmen der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland lassen jetzt mit besonderem Nachdruck hervortreten, wie richtig diese Grundlinie unserer Politik von Anfang an war. Wir werden sie auch im neuen Jahr fortsetzen, und ich bin gewiß, sie wird die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes in Ost und West finden. Angesichts der gesteigerten Kriegshysterie der amerikanischen Imperialisten, angesichts ihrer krampfhaften Versuche, mit größter Beschleunigung deutsche Truppenteile zu erhalten und deutsche Betriebe wieder zu Rüstungswerken zu machen, erweist sich die ganze Weitsicht, mit der Generalissimus Stalin bei der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik feststellte:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.“¹

¹ „Neues Deutschland“ vom 14. Oktober 1949.

Die Sowjetregierung hat es im vergangenen Jahre nicht an Beweisen ihrer Freundschaft für ein friedliebendes demokratisches Deutschland fehlen lassen. Die Senkung der Reparationsverpflichtungen, der Abschluß der Waren- und Kreditabkommen, die großzügige Hilfe durch die Lieferung von Rohstoffen und Lebensmitteln, die praktische Hilfe durch die Übermittlung der Erfahrungen der besten und fähigsten Menschen des friedlichen Aufbaus der Sowjetunion — alles das waren überzeugende Beweise einer echten Freundschaft. Sie drückte sich auch aus in der Initiative der Sowjetregierung für die Einberufung der Prager Außenministerkonferenz, deren Beschlüsse dem deutschen Volke helfen, seine nationale Einheit und Unabhängigkeit wiederzugewinnen.

Ein gleiches Verhältnis hat unsere friedliebende Deutsche Demokratische Republik zu allen anderen Ländern des Friedenslagers gefunden. Ich war tief beeindruckt von den vielen Beweisen aufrichtiger Freundschaft, die ich erst vor wenigen Tagen bei meinem Besuch in Warschau erhalten habe. Mit Polen verbindet uns heute der gemeinsame Kampf um die Erhaltung des Friedens in Europa, aber auch enge wirtschaftliche Beziehungen. Nur wenige Kilometer von der Grenze an Oder und Neiße entfernt, wird morgen *der Grundstein für den ersten Hochofen des Hüttenkombinats Ost* gelegt. Seine Produktion wird auf der Lieferung von polnischer Kohle und sowjetischen Erzen sowie den Qualitätsleistungen unserer deutschen Arbeiter, Techniker und Ingenieure beruhen. Dieses neue Werk ist in gleicher Weise kennzeichnend für unseren großangelegten wirtschaftlichen Aufbau wie für unsere friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zum polnischen Volk und zu den Völkern der Sowjetunion. Hier zeigt sich anschaulich und überzeugend, wie segensreich das neue, freundschaftliche Verhältnis ist, das wir zu den von Hitler überfallenen und grausam gequälten Völkern gewonnen haben. Aus der friedlichen und freundschaftlichen Zusammenarbeit mit diesen Ländern, insbesondere aus der Freundschaft mit der Sowjetunion, ergeben sich für ganz Deutschland ungeahnte Möglichkeiten der Entfaltung seiner Friedenswirtschaft. Nur eine solche Politik entspricht den wahren, wohlverstandenen nationalen Interessen unseres deutschen Volkes. Es muß daher das

höchste Ziel aller unserer Arbeit, aller unserer Anstrengungen und unserer gesamten Politik im kommenden Jahr sein, den Kampf um den Frieden auf das höchste zu steigern, überall Friedenskomitees zu schaffen, die Besten unseres Volkes an die Spitze dieser Komitees zu stellen und die Friedensbewegung mit der ganzen Kraft unseres Volkes zu erfüllen. Es gilt ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland zu schaffen, das in guter Nachbarschaft und Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern der Welt lebt.

In diesem Sinne wünsche ich allen deutschen Männern, Frauen und Jugendlichen in Ost und West ein frohes und gesundes neues Jahr.

„Neues Deutschland“ vom 1. Januar 1951.

Im Kreise ehemaliger Berufskollegen

*Festsitzung der Industriegewerkschaft Bau—Holz
anlässlich des 75. Geburtstages des Präsidenten*

Vor euch, Kollegen, brauche ich nicht besonders zu betonen, daß ein Arbeiter Funktionär, und sei er auch Vorsitzender einer großen sozialistischen Partei, nur werden konnte, weil er erzogen wurde durch die Partei, weil er getragen wurde durch die Kraft der Massen, durch den Willen der arbeitenden Bevölkerung. Das, was ich geworden bin, verdanke ich meiner Partei, verdanke ich meinen großen Lehrern und Freunden, von denen ich besonders Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Karl Liebknecht, Ernst Thälmann, Lenin und den großen Freund unseres Volkes, Stalin, nennen möchte.

Doch es wäre verfehlt, zu glauben, daß nur diese Lehrmeister des wissenschaftlichen Sozialismus meine Lehrer waren. Ich habe immer gelernt und lerne immer wieder vom arbeitenden Volk. Die enge Verbundenheit mit den Arbeitern, Angestellten und der technischen Intelligenz schafft die Sicherheit in der Lösung der Tagesaufgaben und ist die beste Gewähr, daß wir von dem einmal als richtig erkannten Wege nicht abgleiten.

Kollegen, ich möchte an dieser Stelle auf Grund meiner jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Praxis eine der wichtigsten gewerkschaftlichen Arbeiten besonders unterstreichen. Das ist die tagtägliche mündliche Agitation von Kollegen zu Kollegen. Wir können eine wichtige Gewerkschaftsfrage, ein Problem, das das Lebensinteresse unseres Volkes berührt, noch so gut und ausführlich in Zeitungen, Flugblättern und anderen Materialien behandeln. Wenn diese Art Agitation nicht ergänzt wird durch die Aussprache von Arbeiter zu Arbeiter an der Werkbank und in der Werkstatt, dann haben wir keine Gewißheit, daß die Massen wirklich die Notwendigkeit der zu lösenden Aufgaben erkennen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß in der jetzigen Situation hier und dort diese Grunderkenntnis jeg-

licher gewerkschaftlicher Tätigkeit außer acht gelassen wird. Daraus resultieren Mißverständnisse und Unklarheiten, und das erleichtert dem Gegner seine zersetzende, vergiftende Agitation und schadet damit unserer friedlichen, demokratischen Entwicklung.

Dabei ist es uns bei den jetzigen Bedingungen unseres Kampfes und unserer Erfolge viel leichter möglich, die Massen von unserem Wege zu überzeugen, als es jemals in Deutschland der Fall war. Früher sprachen wir davon, wie wir unseren Staat aufbauen werden, wenn es uns erst einmal gelungen sein wird, die Parasiten, Junker und Bankiers und die Konzernherren zu entmachten. Jetzt brauchen wir nicht mehr davon zu sprechen. Wir haben dank der Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht diese Aufgabe durchgeführt. Nie mehr werden in der Deutschen Demokratischen Republik die Konzernherren von gestern irgendeinen politischen oder materiellen Einfluß ausüben können.

Wir haben in der Überwindung der großen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten seit 1945 und mit der vorfristigen Erfüllung unseres Zweijahrplans längst unter Beweis gestellt, daß es der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und der technischen Intelligenz möglich ist, besser und billiger zu produzieren als unter der Herrschaft der Konzerne.

Unser Fünfjahrplan wird dafür neue, unwiderlegbare Beweise liefern. Es ist aber notwendig, unserem Volke immer wieder klarzumachen, warum wir diesen Weg gegangen sind und warum dieser Weg der einzig richtige war, der uns zu den bisher erreichten guten Resultaten führte. Wir sollen nicht vergessen, daß die ganze Kraft der alten Gewohnheiten und Traditionen und die immer wiederkehrenden Versuche seitens der Feinde unseres friedlichen Aufbaus die Massen irreführen können, die unmittelbare Folge davon wäre ein Absinken der Produktion und ihrer Qualität.

Unsere produktive Arbeit zur Erfüllung des Fünfjahrplans hat deshalb für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft und der Kultur eine außerordentliche Bedeutung. Der Fünfjahrplan soll den Lebensstandard unseres Volkes heben, den Frieden sichern und restlos unser Volk davon überzeugen, daß der eingeschlagene

Weg unsere demokratische Ordnung festigt und deshalb eine entscheidende Voraussetzung für die Wiederherstellung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands ist.

Bei der Erfüllung dieser großen Aufgaben benötigen wir die Initiative aller friedliebenden, demokratischen Kräfte. Wir haben durch unsere Aktivistenbewegung schon Großes geschaffen. Aber es gilt, noch Größeres zu erreichen. Vor uns steht die Aufgabe, die Belegschaften aller Betriebe, ich möchte sagen, jeden einzelnen Kollegen, davon zu überzeugen, daß von ihrer und seiner eigenen persönlichen Arbeit das Schicksal unseres Volkes abhängt. Wir brauchen viele und gute Erzeugnisse. Wir wollen schnell bauen, aber gut bauen. Wir brauchen sehr viele Möbel, aber keinen Ausschuß, sondern eine ausgezeichnete Qualität. Der Leistungswettbewerb, die Aufstellung von Aktivistenplänen zur Erhöhung der Produktion und zur Verbesserung der Qualität muß eine der wichtigsten Aufgaben unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit werden.

Dabei dürfen wir den sozialistischen Grundsatz nicht außer acht lassen, daß jeder nach seiner Leistung bewertet wird. Wer viel leistet, soll in unserer demokratischen Republik die höchste Anerkennung unseres Volkes erhalten. Die Aktivisten unseres friedlichen Aufbaus sollen immer mehr zu jener Schicht unseres Volkes werden, zu der alle Menschen mit Stolz und Bewunderung aufblicken.

Es ist völlig selbstverständlich, daß die Erreichung dieses Zieles, ein friedliches, glückliches Leben nur möglich ist, wenn uns der Friede erhalten bleibt. In diesem großen Kampf für die Erhaltung des Friedens müssen die Gewerkschaftsorganisationen an erster Stelle stehen. Jedes Ausweichen ist nicht nur Feigheit, sondern ein Verrat an unserem Volk. Denn wer den Friedenskampf unterschätzt, leistet damit Vorspanndienste für die Kriegstreiber. Das sehen wir am deutlichsten an der Politik der westdeutschen Gewerkschaftsführung. Sie hat es fertiggebracht, durch ihre Politik der Spaltung, die Arbeiterklasse in Westdeutschland zu einem ohnmächtigen Anhängsel der Konzernherren herabzuwürdigen. Dr. Schumacher, der angeblich auszog, um in Westdeutschland den Sozialismus als Tagesaufgabe zu verwirklichen, ist jetzt genötigt, wieder vom Kampfe um die primitivsten Rechte

der Arbeiter, um das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben zu sprechen. Das ganze ist nichts anderes als ein Betrug an den Massen, denn man kann das Recht der Mitbestimmung niemals sichern, wenn man gleichzeitig einen wütenden Kampf zur Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse führt.

Auch hierbei haben die Gewerkschaften in der Deutschen Demokratischen Republik eine große Rolle zu spielen. Sie müssen durch ihre praktische Tätigkeit, durch ihre große verantwortliche Rolle beim Aufbau unserer demokratischen Ordnung unter Beweis stellen, welchen entscheidenden Einfluß die Arbeiterklasse in unserer demokratischen Republik besitzt.

Taten überzeugen. Schaffen wir also ständig neue Beispiele des Anteiles unserer arbeitenden Menschen an der Gestaltung unseres demokratischen Lebens. Zeigen wir das unseren Kollegen in Westberlin und Westdeutschland. Agitieren wir hartnäckig und zäh unter ihnen. Dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Wir beginnen einen neuen Abschnitt in der Geschichte unseres Volkes. Unser erster Fünfjahrplan soll den Lebensstandard unserer schaffenden Menschen auf eine Höhe heben, wie er in Deutschland bisher unbekannt war. Wir können es erreichen und werden es erreichen, wenn wir alle fest zusammenstehen, wenn jeder Gewerkschafter jeden Tag seine Pflicht erfüllt, mit den Kollegen spricht, sie überzeugt und dafür gewinnt, das Beste zu leisten für unseren Aufbau.

Wir können diese Aufgabe erfüllen, wenn wir kämpfend den Frieden erhalten und damit unseren Beitrag leisten in der großen Weltfriedensfront, die unter Führung des weisen Stalin kämpft und siegt.

Dabei müssen alle Gewerkschaftskollegen besondere Aufmerksamkeit der Erziehung der jungen Kolleginnen und Kollegen widmen. Die reichen beruflichen Erfahrungen gilt es, unserer Jugend zu übermitteln und gleichzeitig sie mit allen Kräften zu unterstützen, entsprechend ihren Fähigkeiten in Betrieb und Gewerkschaft den Platz einzunehmen, der ihr gebührt. Unsere Freie Deutsche Jugend hat so große Beispiele ihres Arbeitsenthusiasmus, ihrer Bereitschaft zur Arbeit und zur Verteidigung

des Friedens geleistet, daß wir stolz auf sie sein können und unsere Ehre darin erblicken müssen, diese Jugend mit allen Kräften zu fördern.

Ich wünsche euch allen weitere Erfolge in eurer Arbeit und spreche die Erwartung aus, daß die Bau- und Holzarbeiter in der ersten Reihe der Aktivisten unseres Kampfes um den demokratischen Aufbau, die Einheit unserer Nation und den Frieden der Welt stehen werden.

„Neues Deutschland“ vom 5. Januar 1951.

Ihr Vermächtnis: Für den Frieden kämpfen!

*Rede zur Einweihung des Ehrenmals der sozialistischen Kämpfer
in Berlin-Friedrichsfelde*

14. Januar 1951

Genossinnen und Genossen!

Liebe Freunde!

Wieder haben wir uns auf diesem Friedhof versammelt, der zur historischen Weihestätte der Berliner und der deutschen Arbeiterbewegung geworden ist. Auf diesem Friedhof wurden am 25. Januar 1919 die von der Reaktion ermordeten Januar-kämpfer zur letzten Ruhe gebettet. Es waren 32 Kameraden, und in ihrer Mitte unser Karl Liebknecht. An seiner Seite wurde ein leerer Sarg der Erde übergeben. Es fehlte die Leiche von Rosa Luxemburg. Beide, Rosa und Karl, waren am 15. Januar 1919 im Eden-Hotel in Berlin von einer entmenschten Offiziersbande ermordet worden. So brutal, wie sie den Mord vollzogen hatten, so feige war ihre Lüge von der angeblichen Erschießung auf der Flucht. Erst viele Wochen später, am 31. Mai 1919, wurde die Leiche Rosa Luxemburgs an der Tiergarten-Schleuse im Landwehrkanal gefunden. Sie wurde am 13. Juni 1919 an der Seite Karl Liebknechts beigesetzt. Es war ein außerordentlich schwerer Verlust, von dem die Arbeiterbewegung betroffen wurde.

Ein Jahr später, Mitte Januar 1920, standen wir wieder auf diesem Friedhof an der Bahre von 42 Kämpfern, die am 13. Januar 1920 bei der Betriebsräte-Demonstration am Reichstage erschossen wurden. Den Willen der Arbeiter nach dem Mitbestimmungsrecht in den Betrieben brach eine mit Schmach und Schande bedeckte Regierung durch einen Feuerüberfall auf friedliche Demonstranten, wie er in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bis zu dieser Zeit unbekannt war. Die hinter der Regierung stehenden Unternehmerverbände wußten nur zu gut, was für sie mit dem Widerstand der Arbeiter auf dem Spiele

stand. Darum gaben sie den Befehl, den Arbeitern mit Maschinengewehren klarzumachen, daß die Konzernherren auf ihr Hausrecht in den Betrieben niemals freiwillig verzichten werden, daß sie auf Demokratie, Gesetz und Parlament pfeifen, wenn es um die Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft geht.

Schon den in den Januarkämpfen 1919 bei der Verteidigung der Rechte der Arbeiterklasse erschossenen Arbeitern und den von der vertierten Soldateska ermordeten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verweigerte der damalige Berliner Magistrat die Beisetzung auf der traditionellen Begräbnisstätte der revolutionären Kämpfer im Friedrichshain, wo die gefallenen Kämpfer der Märzrevolution von 1848 und die gefallenen Arbeiter und Soldaten der Novemberrevolution von 1918 ihre letzte Ruhestätte gefunden hatten. Gestützt auf die Bajonette der kaiserlichen Offiziere und Generale bezeichnete der damalige Oberbürgermeister Böß die toten Helden der Revolution als Verbrecher, für die kein Platz im Friedrichshain sei. Die Berliner Arbeiterschaft aber ehrte ihre Helden mit der Errichtung einer Grabstätte auf diesem Friedhof. Ein wuchtiges Denkmal trug die trotzigen und zuversichtlichen Worte, die Ferdinand Freiligrath der Revolution von 1848 widmete: „Ich war, ich bin, ich werde sein!“ Mit den Sammel Groschen der Berliner Arbeiter, der großen Solidaritätsaktion der Arbeiterorganisationen in ganz Deutschland wurde das Denkmal geschaffen und am 13. Juni 1926 enthüllt.

Jahr um Jahr, am 15. Januar, dem Tage der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, strömten die Berliner Arbeiter zu dieser Weihestätte ihrer revolutionären Helden, versinnbildlichten doch die beiden großen Führer der Arbeiterbewegung den heroischen Kampf, das heroische Streben Hunderttausender deutscher Arbeiter, die nur das eine Ziel kannten, das deutsche Volk auf den Weg des Friedens und der Freundschaft mit den friedliebenden Völkern zu führen. Mit der alljährlichen Gedächtniskundgebung zu Ehren von Karl und Rosa verbanden die Berliner Arbeiter die Ehrung der anderen auf der Weihestätte beigesetzten Helden der Revolution, so vor allem die Ehrung für Franz Mehring, den Kündler der geschichtlichen Wahrheit des Proletariats, für Leo Jogiches, den erprobten und zielklaren Organisator des Spartakusbundes und der jungen

Kommunistischen Partei, für Julian Marchlewski-Karski, den polnisch-deutschen Revolutionär und engen Freund von Rosa und Karl, für Emil Eichhorn, den der Sache der Arbeiterschaft treu ergebenen Polizeipräsidenten von Berlin, für Wilhelm Sylt, den Führer der Berliner Elektrizitätsarbeiter, für Eugen Leviné, den kühnen Helden der bayerischen Räterepublik, und für die ungezählten, ungenannten tapferen Arbeiter, Bauern, Jugendlichen aus den Kämpfen der Jahre 1919, 1920, 1921, 1923 und insbesondere des Hamburger Aufstandes im Oktober 1923 unter der Führung von Ernst Thälmann.

Von dieser Stätte aus warnten wir immer wieder das deutsche Volk vor der faschistischen Gefahr, vor dem neuen Krieg. Es war der Führer der französischen Kommunisten, Maurice Thorez, der zusammen mit uns im Januar 1933 an dieser Weihestätte das drohende Unheil charakterisierte, das nicht nur die deutsche Arbeiterschaft, sondern die ganze friedliebende Menschheit bedrohte, wenn der Faschismus zur Macht kommt. Hier, von dieser Weihestätte aus, erklang immer wieder die Mahnung an die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter, den Bruderkampf einzustellen, weil die Spaltung der Arbeiterbewegung dem Faschismus zur Macht verhelfen und damit unser Volk in die nationale Katastrophe führen werde.

Aber weil wir Antifaschisten nicht die Kraft fanden, über die Sabotage rechter sozialdemokratischer Partei- und Gewerkschaftsführer hinweg die Einheit der Arbeiter im Kampf gegen den Faschismus und den drohenden Krieg zu verwirklichen, konnte der Hitlerfaschismus 1933 zur Macht kommen. Das, wovon wir warnten, trat ein. Nicht nur die Kommunistische Partei, auch die Sozialdemokratische Partei und alle Arbeiterorganisationen wurden verboten, Hunderttausende Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Kommunisten und Sozialdemokraten wurden verhaftet, ermordet oder verschwanden in den Kerkern und Konzentrationslagern. Die sozialistische Bewegung mußte das Nichtzustandekommen der Einheit der Arbeiterschaft mit einem grausamen Aderlaß an ihren Kadern bezahlen.

Auch hier auf diesem Friedhof tobte sich die faschistische Barbarei aus. Die Weihestätte für unsere revolutionären Helden wurde vernichtet, ihre Gräber zerstört und das Denkmal zer-

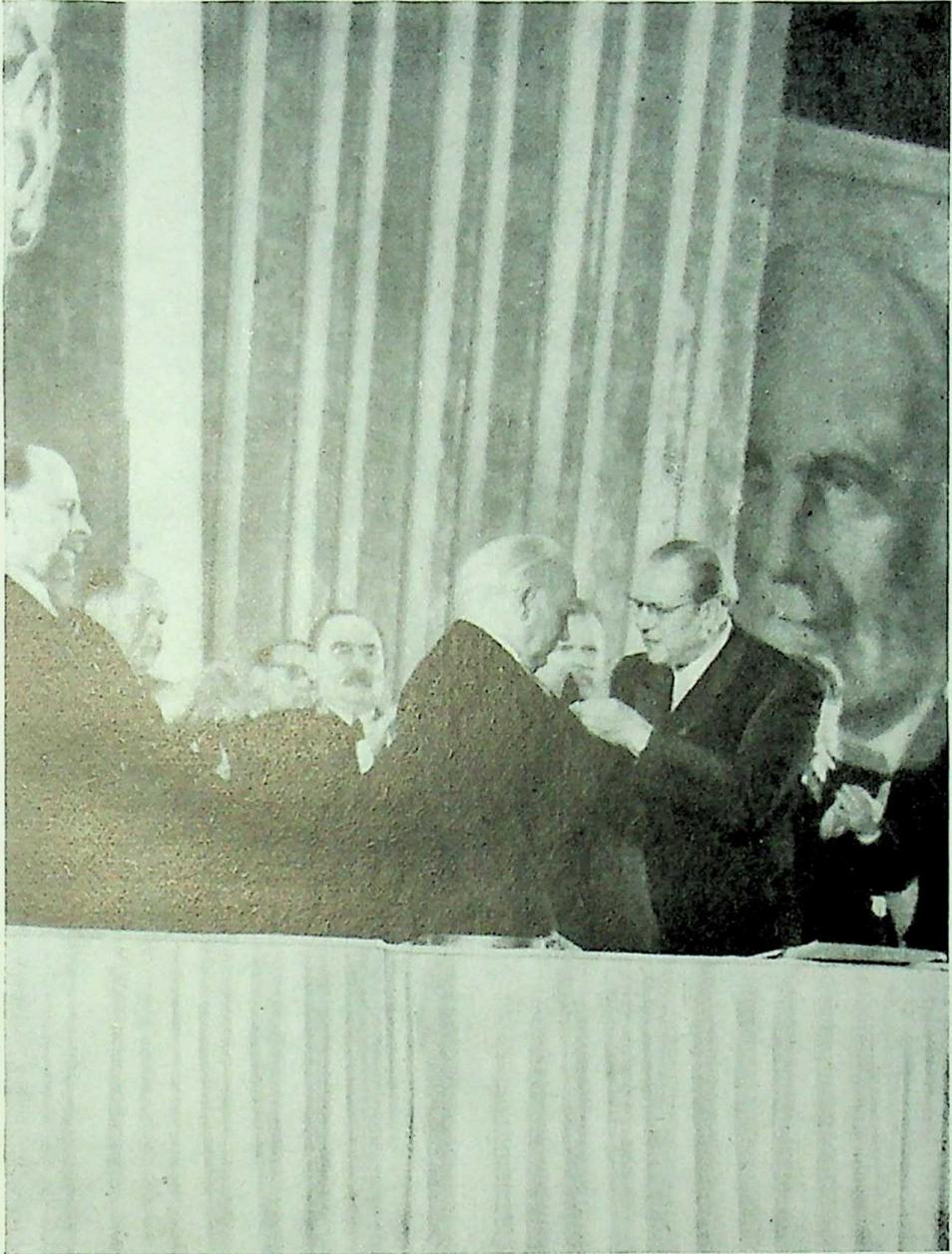
schlagen. Nichts sollte unserem Volke in Erinnerung bleiben von dem, was den friedliebenden, sozialistischen Menschen heilig war. Doch sie haben sich geirrt, die Hitler-Bande und ihre Auftraggeber. Wohl konnten sie Tausende unserer Besten ermorden, in den Konzentrationslagern Sozialdemokraten, Kommunisten, evangelische und katholische Pfarrer, Juden, Jünglinge und Greise vergasen, aufhängen, erschlagen und verhungern lassen. Aber sie konnten den Geist des Kampfes für den Frieden, für eine gerechte soziale Ordnung, für ein friedliches Zusammenleben mit allen Völkern nicht aus den Herzen und Hirnen der Menschen reißen. Die Hitler-Bande glaubte, mit der Zerschlagung der sozialistischen Organisationen den Marxismus vernichten zu können. *Welch eine Torheit! Den Marxismus ausrotten heißt, das Proletariat vernichten. Aber die Arbeiterklasse kann man nicht vernichten, und da in ihr die lebendige Kraft des Marxismus lebt, ist und bleibt der Marxismus unbesiegbar.*

Es ist wahr, das deutsche Volk hat infolge der Spaltung der antifaschistischen Kräfte nicht den Mut und nicht die Kraft gefunden, sich selbst vom Hitlerfaschismus zu befreien. Dazu bedurfte es der heroischen Sowjetarmee. Ihrem großen Opfer dankt unser Volk seine Befreiung vom Faschismus, danken wir alle unser Leben und danken wir, nun endlich den Weg des friedlichen Aufbaus gehen zu können. Darum: Ruhm und Ehre den Helden der ruhmreichen Sowjetarmee! Ohne ihre große Opfer tat würden wir hier an den Gräbern der revolutionären Helden nicht demonstrieren können.

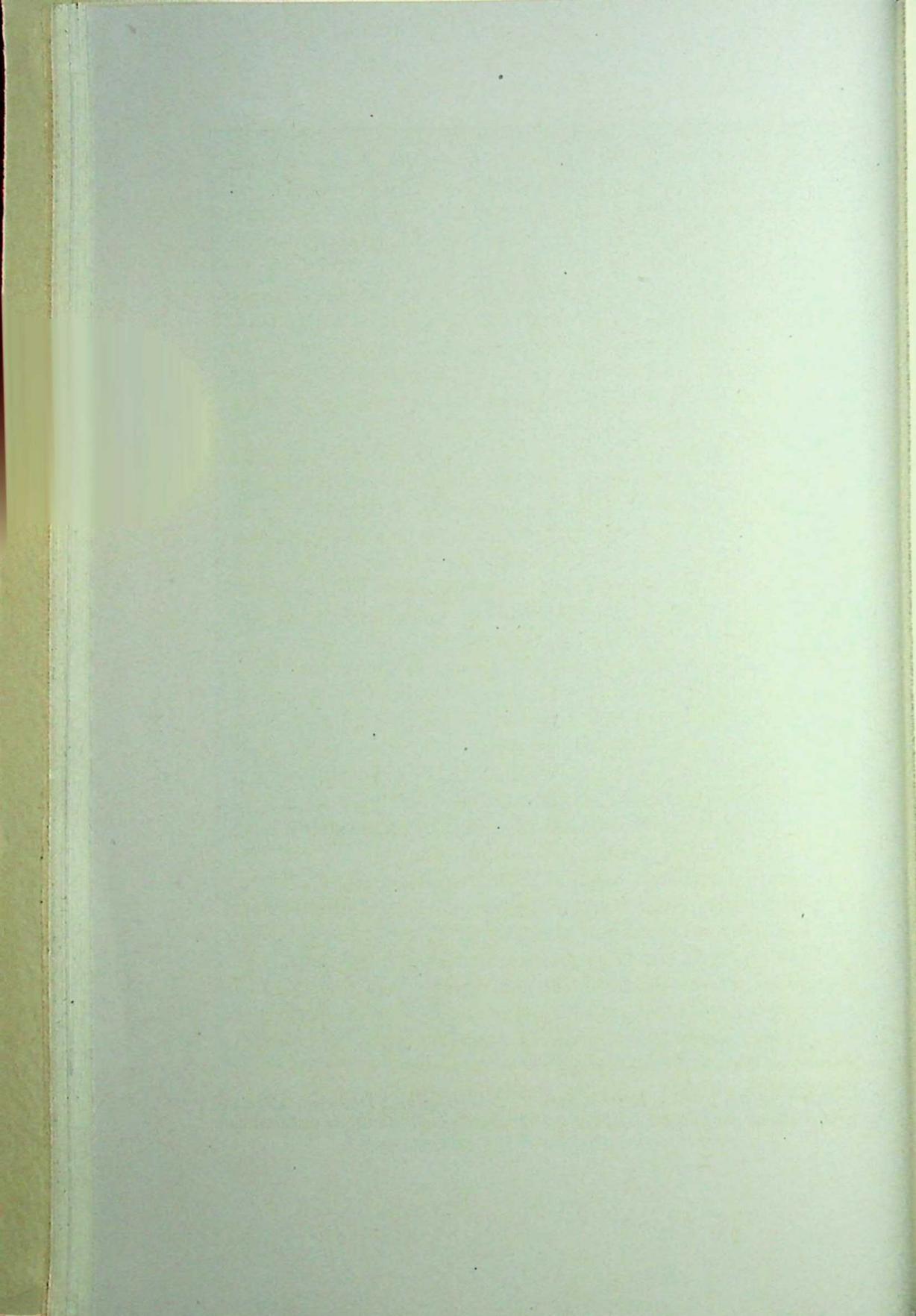
Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus ermöglichte die konsequente Friedenspolitik der Sowjetregierung den aufbauwilligen, demokratischen Kräften unseres Landes, die festen Grundlagen einer friedlichen demokratischen Entwicklung zu schaffen, die jahrhundertalten Kriegstreiber, die deutschen Junker als die Stützen des preußischen Militarismus und die mit ihnen versippten und verschwägerten Konzernherren und Bankiers zu entmachten. So konnten wir das Chaos überwinden, uns unsere antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen schaffen und unseren Menschen wieder Mut zum Leben, unserer Jugend die frohe Zuversicht einer glücklichen Zukunft geben.

Mit der Bewältigung der materiellen Schwierigkeiten, mit dem Wachstum unserer Produktion in Industrie und Landwirtschaft, mit der demokratischen Erneuerung unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens wuchs auch die Erkenntnis der Fehler in der Geschichte unseres Volkes. Die Schrecken der vergangenen Kriege, die Drohung eines neuen, noch schlimmeren Krieges stärken die Friedenskräfte in unserem Volk. Der Gedanke, in Frieden zu leben, in Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern den eigenen wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau zu sichern, erfaßt immer mehr Menschen unseres Volkes. Wir rufen zum Kampf um die Erhaltung des Friedens, zum Kampf gegen die Kriegstreiber, zum Kampf um die Einheit unseres Vaterlandes. Zu unserem großen Glück ist es besonders die Jugend, die im Geiste der Völkerfreundschaft an unserem friedlichen und demokratischen Aufbau mit größtem Enthusiasmus arbeitet und vor aller Welt bekundet, daß sie im Lager des Friedens steht und entschlossen ist, den Frieden gegen die anglo-amerikanischen Kriegstreiber zu verteidigen.

Aus diesem Geiste heraus ehren wir auch unsere toten Helden. Diese Entwicklung war der Anlaß dafür, unseren teuren Toten eine würdige Gedenkstätte zu errichten. Die alte historische Gedächtnisstätte an anderer Stelle auf diesem Friedhof, wo wir zuerst Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und mit ihnen die anderen Kämpfer der Revolution beisetzen und ihnen ein Denkmal errichteten, war von den Faschisten vernichtet und andere Gräber daraufgesetzt worden. Wir haben trotzdem an dieser Stätte unsere alljährlichen Gedächtniskundgebungen abgehalten, aber es fehlte das Denkmal, es fehlten die Gräber unserer teuren Toten. So haben wir uns nach langen Überlegungen entschlossen, eine neue Gedenkstätte an dieser Stelle zu schaffen. Mit Hilfe des demokratischen Magistrats von Groß-Berlin entstand die Gedenkstätte der Sozialisten, mit der wir die Ehrung der Helden des revolutionären Kampfes verbinden mit der Ehrung der alten sozialistischen Führer der deutschen Arbeiterbewegung, die hier schon früher ihre Ruhestätte gefunden hatten. Es wurden die vorhandenen 23 Grabgedenksteine an der linken Seite der Umfassungsmauer eingereiht. Auf diesen Gedenksteinen finden wir die Namen von Wilhelm Liebknecht,



Präsident Wilhelm Pieck wird zu seinem 75. Geburtstag vom Ministerpräsidenten Otto Grotewohl im großen Festakt in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin mit der Medaille „Held der Arbeit“ ausgezeichnet



Ignaz Auer, Karl Legien, Luise Zietz, Richard Fischer, Wilhelm Pfannkuch, Hermann Molkenbuhr, Theodor Leipart, finden wir den Namen des in der Weimarer Republik im November 1919 ermordeten Hugo Haase und des von den Faschisten ermordeten Johannes Stelling. Alles uns alten Sozialisten wohlbekannte Namen.

In der Mitte der Gedenkstätte ragt ein Porphyrblock empor, der die Inschrift trägt: Die Toten mahnen uns! Um diesen Block herum sind acht Porphyrrplatten gelegt, auf denen die acht Namen: Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid, Franz Mehring, Wilhelm Sylt, Jonny Schehr, Franz Künstler verewigt sind.

Diese acht Namen künden den Golgathaweg des deutschen Proletariats, von dem Karl Liebknecht in seinem letzten Artikel geschrieben hat. Es sind Namen der im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg ermordeten Führer der deutschen Arbeiterklasse. Ihr Tod, wie der Tod aller hier verzeichneten Helden des proletarischen Klassenkampfes soll uns ewige Mahnung sein, daß eine gespaltene Arbeiterklasse zur Niederlage und nur eine einige Arbeiterklasse zum Siege führt.

Wir hatten die Hoffnung, daß wir auf der alten Grabstätte noch den Leichnam von Karl Liebknecht finden würden, der angeblich von den Friedhofswärtern unter den neuen Gräbern verborgen worden sei. Aber es ist nur noch ein Stück von dem zerstörten Metalsarg gefunden worden, die Faschisten haben sich sogar an dem Leichnam Karl Liebknechts vergriffen. Nur der Sarg mit den Überresten von Franz Mehring ist noch gefunden und hier unter seinem Grabstein beigesetzt worden.

An der rechten Innenseite der Gedenkmauer sind auf Tafeln die Namen der in der Zeit der Weimarer Republik verstorbenen und ermordeten Führer und Kämpfer der Arbeiterbewegung verzeichnet, auf drei Tafeln die Namen deutscher Antifaschisten, die im Kampf für die Freiheit des spanischen Volkes gefallen sind. Auf zwanzig weiteren Tafeln sind 387 Namen unserer vom Faschismus ermordeten Kämpfer verzeichnet. An der rechten Seite der Gedenkstätte haben wir vor einigen Tagen 53 noch erhaltene Urnen beigesetzt, die die Asche von Kämpfern enthalten, die ebenfalls durch den Faschismus ermordet wurden oder

an den Folgen der grausamen Torturen in den Lagern verstarben. Darunter befinden sich auch die sterblichen Überreste unserer Freunde Walter Stöcker und Kurt Rosenfeld.

So ist unsere Gedenkstätte der Sozialisten zugleich zu einer Gedenkstätte der VVN geworden. Namen und Zahlen auf diesen Tafeln symbolisieren den großen Kampf der fortschrittlichen Menschen gegen den Faschismus, gegen den Krieg, für die Einheit und die nationale Existenz unseres Volkes. Wir alle wissen, daß neben den hier verzeichneten Namen Hunderte anderer tapferer Männer und Frauen stehen, die als wahre Helden im Kampfe gefallen oder ermordet wurden und die für alle Zeiten für uns immer der Ansporn sein werden, unseren Kampf zum Siege zu führen.

Wir ehren mit dieser Gedenkstätte die Toten aus fünf Jahrzehnten deutscher Arbeiterbewegung. Wir wollen mit der gemeinsamen Ehrung der alten Sozialisten und der in der Weimarer Republik und unter dem Hitlerfaschismus gefallenen und ermordeten Kämpfer unsere unverbrüchliche Treue zur großen sozialistischen Idee zum Ausdruck bringen und geloben, die Einheit der Arbeiterklasse als das teuerste Gut der sozialistischen Bewegung zu hüten. Wir erfüllen damit das Vermächtnis des besten Arbeiterführers in der Zeit der Weimarer Republik, unseres Ernst Thälmann, der uns immer lehrte, mit allen Kräften die Einheit der sozialistischen Bewegung zu erkämpfen.

Er selbst, unser aller Ernst Thälmann, wurde das Opfer des blutgierigen Hitlerfaschismus. Mehr als elf Jahre eingekerkert, wurde er meuchlings ermordet, als die Niederlage des Hitlerfaschismus offenkundig wurde. Wie die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch eine Lüge ihr Verbrechen zu vertuschen suchten, so auch die Hitler-Bande bei der Ermordung Ernst Thälmanns, daß er einer Bombardierung des Lagers Buchenwald zum Opfer gefallen sei. Es sind einwandfreie Beweise dafür vorhanden, daß die Faschisten Ernst Thälmann am 18. August 1944 im Konzentrationslager Buchenwald ermordet haben. Niemals werden wir unseren Ernst Thälmann vergessen, immer wieder werden wir uns seiner Mahnungen und Lehren bewußt sein, den Kampf der deutschen Arbeiterklasse um ihre Befreiung aus der kapitalistischen Sklaverei und gegen den Krieg mit aller Ent-

schlossenheit zu führen, bis der Sieg errungen ist. Getreu der Lehren Ernst Thälmanns haben wir die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands geschaffen, haben wir auf Grund dieser Einheit die einheitliche Front aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte herbeigeführt, haben wir die Deutsche Demokratische Republik geschaffen, haben wir die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplans durchgeführt und nehmen mit großem Enthusiasmus den Fünfjahrplan in Angriff. Darin liegt unsere beste Ehrung aller unserer teuren Toten.

Auf diesem geschichtlichen Boden mahnen wir auch die Arbeiter und alle friedliebenden Menschen in Westdeutschland, mit uns den gleichen Weg zu gehen, die Einheit Deutschlands herbeizuführen und unser Volk vor einem neuen Krieg zu bewahren. Die Spaltung der Arbeiterklasse im Westen Deutschlands auf Grund der reaktionären Politik der sozialdemokratischen Führer hat schon verhängnisvolle Folgen für das werktätige Volk gezeitigt. Und noch Schlimmeres steht bevor. Es ist die Arbeitslosigkeit, Preissteigerung und eine völlige Ohnmacht in Staat und Wirtschaft, es ist das immer frechere Auftreten der Kriegstreiber, die Remilitarisierung und die Ausplünderung unserer Wirtschaft, die diese Entwicklung kennzeichnen.

Wieder wie 1918 wird mit dem Geld der Konzernherren eine bewaffnete Bande aufgestellt, um die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen und ihre Funktionäre nach amerikanischer Methode zu foltern und zu morden. Es ist höchste Zeit, daß die gemeinsame Front aller friedliebenden Menschen in Deutschland hergestellt wird, um eine noch größere Katastrophe für das deutsche Volk zu verhindern.

Mit einem Zynismus ohnegleichen wird im amerikanischen Kongreß von der Notwendigkeit eines neuen Krieges gegen die Sowjetunion und gegen Ostdeutschland gesprochen, daß Deutschland durch Atombomben total vernichtet werden wird. Deutschland soll als Staat und als Wirtschaftsfaktor vernichtet werden — das ist der Sinn der Kriegshetze und der Kriegstreiberei. Es ist das schlimmste nationale Verbrechen, daß die deutschen Westpolitiker den verbrecherischen Plänen Vorschub leisten. Das Angebot unseres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an Adenauer

soll dem Schutze unseres Volkes dienen und ihm helfen, den Frieden zu erhalten.

Angesichts unserer großen Aufgabe wollen wir unseren teuren Toten an dieser Stätte geloben, dem Worte des großen Stalin folgend, mit aller Kraft für den Frieden zu kämpfen und ewige Freundschaft mit dem großen Sowjetvolk zu halten. Nur diese Freundschaft und unser gemeinsamer Kampf wird den Krieg in Europa unmöglich machen. Im Geiste Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, im Geiste aller für die Sache des Friedens und des Fortschritts gefallenen und ermordeten Kämpfer, im Geiste unseres unvergeßlichen Ernst Thälmann geloben wir, den Krieg durch den Frieden zu bezwingen.

„Neues Deutschland“ vom 16. Januar 1951.

Das Stalin-Interview und unsere nächsten Aufgaben

*Rede im Transformatorenwerk „Karl Liebknecht“, Berlin
22. Februar 1951*

Ich danke euch allen für den herzlichen Empfang, den ich ebenso herzlich erwidere. Es ist mir eine große Freude, heute vor euch über die Bedeutung der Antworten Stalins an den Korrespondenten der „Prawda“ zu sprechen. Ich bin deshalb gern der Aufforderung eurer Gewerkschaftsleitung gefolgt, meine Meinung und die des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hier vor den Kolleginnen und Kollegen und vor den Angehörigen der technischen Intelligenz eines so wichtigen Betriebes, wie es das Transformatorenwerk ist, darzulegen. Ihr wißt alle, daß Stalin nicht allzuoft öffentlich das Wort ergreift. Wenn er aber spricht oder zur Feder greift, dann hat er allen Menschen etwas sehr Wichtiges zu sagen. Wir sollten deshalb besonders jetzt seine Worte sorgfältig durchdenken, weil sie in dieser international gespannten Situation für alle friedliebenden Menschen wegweisend sind.

Die Welt hallt wider vom Kriegsgeschrei. In Korea kämpfen seit Monaten Arbeiter und Bauern, unterstützt von ihren chinesischen Brüdern, gegen die amerikanischen Kriegsverbrecher, die Korea überfallen haben. Immer stärker wird der Friede der Völker durch die profithungrigen Kriegsverbrecher bedroht. Sie suchen die Völker durch einen großen Betrug und eine infame Hetze in den Krieg hineinzutreiben.

Tag für Tag trommelt eine den Kriegsverbrechern willfährige Presse, brüllen westliche Rundfunksender, daß der Friede durch den Kommunismus bedroht sei.

Nun ist diese Lüge zwar nicht neu. Schon vor mehr als hundert Jahren hat Karl Marx in dem berühmten Kommunistischen Manifest darauf hingewiesen, daß alle Welt, und er meinte damit die Welt der Fürsten, Könige und Kaiser, das Schreckgespenst des Kommunismus an die Wand male. um ihre verrottete Herrschaft

aufrechtzuerhalten. Der Hauptschreier war damals der Kanzler der Habsburger Monarchie, Metternich.

Heute ist der Hauptschreier Truman, und er wird dabei unterstützt von solchen Leuten wie Attlee, dem Ministerpräsidenten von England, Schuman, dem französischen Ministerpräsidenten, und einigen anderen Leuten dieses Schlages. Auch in Deutschland wird von Adenauer, Schumacher, Reuter immer wieder behauptet, der Friede werde vom Kommunismus bedroht und man müsse sich vor dem Kommunismus mit Waffengewalt schützen.

Es ist deshalb von sehr wesentlicher Bedeutung, was Stalin gegenüber der letzten Erklärung des britischen Ministerpräsidenten Attlee im englischen Unterhaus, daß die Sowjetunion nach Beendigung des Krieges nicht abgerüstet habe, sondern ihre Streitkräfte immer weiter vergrößere, dem Korrespondenten der „Prawda“ geantwortet hat. Stalin sagte:

„Ich bewerte diese Erklärung des Premierministers Attlee als eine Verleumdung der Sowjetunion.“¹

Stalin führte weiter aus, daß die Sowjetunion, wie das aller Welt bekannt ist, die Demobilisierung bis Anfang 1948 restlos zu Ende geführt hat.

Aber das ist nur *eine* Tatsache, die Stalin gegen die Lüge von der in Waffen starrenden Sowjetunion anführt. Stalin wies auf einige andere sehr wichtige Tatsachen hin. Das ist die Wiederherstellung des vom Hitlerfaschismus verwüsteten Landes, der Wiederaufbau von Zehntausenden Dörfern, von vielen Hunderten Städten, von Hunderten Betrieben, Krankenhäusern, Tausenden Schulen und Bibliotheken, die Inbetriebsetzung der zerstörten Elektrowerke, die Belieferung des Landes mit den landwirtschaftlichen Maschinen, die Versorgung der gesamten Bevölkerung mit den Gütern des täglichen Bedarfs. Die Sowjetunion hat den Stalinschen Fünfjahrplan zum Wiederaufbau der Wirtschaft mit großem Erfolg durchgeführt. Aber die Sowjetunion hat noch viel größere Pläne, die bereits in Angriff genommen worden sind. Auf Initiative Stalins werden an der Wolga zwei Wasserkraftwerke mit einer Jahresleistung von je 10 Milliarden Kilowatt gebaut. Zur gleichen Zeit haben die Sowjet-

¹ „Einheit“, 6. Jahrgang, Heft 3, 1951.

menschen den Bau des turkmenischen Hauptkanals Amu-Darja-Krasnowodsk mit einer Gesamtlänge von 1100 Kilometer in Angriff genommen. Der Kanal soll dem Zweck dienen, 1 300 000 Hektar Neuland für den Baumwollanbau zu berieseln und 7 Millionen Hektar Weideflächen in der Karakum-Wüste zu schaffen. Das sind nur einige wenige Beispiele aus den gewaltigen Bauten des Kommunismus.

Es ist ganz selbstverständlich, daß für derartige gigantische Baupläne Milliardensummen, gewaltige Mengen von Maschinen und Baustoffen und eine Riesenzahl von Arbeitskräften notwendig sind. Deshalb, so sagte Stalin in seiner Antwort, müßte sich auch ein englischer Ministerpräsident ausrechnen können, daß man nicht zur gleichen Zeit Hunderte Milliarden für den Wiederaufbau der durch die deutschen Okkupanten zerstörten Volkswirtschaft, ebenso große Summen für die erwähnten Bauten des Kommunismus aufbringen und außerdem die bewaffneten Streitkräfte vergrößern und die Kriegsindustrie in dem von Attlee behaupteten Umfang erweitern kann.

Es ist nicht wahr, daß die Sowjetregierung aufrüstet. Wahr ist vielmehr, daß die Sowjetunion wiederholt vorgeschlagen hat, die Rüstungen zu beschränken und ein sofortiges Verbot der Atomwaffe zu erklären. Die Regierungen der USA und England wie ihre Satelliten haben alle diese Vorschläge brüsk abgelehnt.

Die Lenker der englischen und amerikanischen Politik erklären, daß sie den Frieden wollen. Gleichzeitig aber wird in Amerika und England gerüstet, wie es in der bisherigen Geschichte noch nicht der Fall war. Nach den Meldungen amerikanischer Zeitungen verlangt Truman für das kommende Jahr die Summe von rund 72 Milliarden Dollar zur Aufrüstung. Das ist mehr als die Gesamtausgabe der USA-Regierung im Durchschnitt der Jahre 1946 bis 1949.

Aber es handelt sich nicht nur um diese gewaltigen Rüstungsausgaben, die ausschließlich zu Lasten des werktätigen Volkes gehen. Es handelt sich in erster Linie darum, daß Amerika und England ihre Bomber, Tanks, Panzer, Maschinengewehre und Maschinenpistolen nicht für Ausstellungszwecke produzieren, sondern unmittelbar im Kampf gegen die von ihnen unterdrückten Nationen anwenden.

Wir haben dafür aus den allerletzten Tagen ein sehr eindringliches Beispiel. Zur gleichen Zeit, als in englischen Regierungskreisen im Tone höchster Entrüstung Stalins Behauptung von den kriegerischen Absichten der englischen Konzernherren zurückgewiesen wurde, ging durch die Weltpresse eine Meldung, die am 19. Februar in der Berliner Abendzeitung „Kurier“ unter der Überschrift „Ein Dorf wird ausradiert“ abgedruckt wurde. In dieser Meldung wird aus Malaia berichtet, daß die Bevölkerung eines Dorfes, es handelt sich um 1500 Malaien, Chinesen und Indonesier, in ein Internierungslager abtransportiert, ihr Vieh vertrieben und das Dorf von Flugzeugen der königlich-englischen Luftwaffe dem Erdboden gleichgemacht wird.

Was haben die unglücklichen Dorfbewohner verbrochen? Sie werden beschuldigt, Freiheitskämpfer gegen die britischen Kolonialtruppen aktiv unterstützt zu haben.

Herr Attlee preist seinen Friedenswillen an. Hier hat er eine Gelegenheit, seinen Friedenswillen unter Beweis zu stellen. Das malaiische Volk hat genauso das Recht, nach seinem Willen zu leben, wie Engländer, Franzosen und Amerikaner. Möge also Herr Attlee der englischen Luftwaffe den Befehl erteilen, die Bombardierung friedlicher Dörfer zu unterlassen, möge er die englischen Kolonialtruppen aus Malaia zurückziehen, dann wäre das eine wirkliche Tat zur Erhaltung des Friedens.

Seit mehr als 8 Monaten führt das koreanische Volk einen harten Kampf gegen die amerikanischen Eindringlinge. Stalin hat in seiner Antwort an den „Prawda“-Korrespondenten mit aller Eindeutigkeit den Einsatz amerikanischer Truppen in Korea als eine Intervention gegen das koreanische Volk bezeichnet. Alle Versuche, die Handlungsweise eines MacArthur als Schutz vor der sogenannten kommunistischen Aggression zu erklären, werden durch die historischen Tatsachen widerlegt. Jahrzehntlang war Korea von den Japanern besetzt. Nachdem die heroischen Sowjetarmeen die japanischen Kwantungarmeen vernichtend geschlagen hatten, mußten die Japaner Korea räumen. Die Sowjetunion schlug vor, dem koreanischen Volk das Recht zu geben, seinen eigenen unabhängigen Staat mit einer eigenen koreanischen Regierung zu errichten. Aber die Amerikaner bestanden auf der Besetzung des Landes, weil das koreanische Volk

angeblich für die Freiheit nicht reif wäre. So wurde Korea in zwei Teile geteilt. 1948 wiederholte die Sowjetregierung ihren Vorschlag, die Truppen aus Korea abzuziehen. Unter dem Druck des Willens des koreanischen Volkes mußte die USA-Regierung nachgeben. Sie hinterließ aber eine große militärische Mission von 500 amerikanischen Offizieren in Südkorea mit der Aufgabe, eine südkoreanische Armee — geführt von Amerikanern, ausgerüstet mit amerikanischen Waffen — aufzustellen. Der Chef der amerikanischen Militärmission nannte diese Armee „einen ausgezeichneten Wachhund zum Schutze der Kapitalinvestitionen“. Damit dieses Kapital recht hohe Profite abwirft, verhinderte die USA-Militärmission die Vereinigung beider Teile des Landes. Die Amerikaner befahlen den Einmarsch südkoreanischer Truppen in Nordkorea. Damit begann der Kampf in Korea im Juni vorigen Jahres.

Wie er seitens der amerikanischen Truppen geführt wird, wissen wir aus Fotos und Filmen, die die grausame Methode amerikanischer Kriegführung dokumentarisch beweisen. Tatsache ist, daß die amerikanischen Truppen das koreanische Land buchstäblich verwüsten, Zehntausende koreanischer Männer und Frauen, Greise und Kinder töteten.

Mit Recht fragte Stalin, wie kann man davon sprechen, daß sich die USA, 5000 Meilen von ihren Grenzen entfernt, in Taiwan und Korea verteidigen müssen? Wie kann man glauben, daß die amerikanischen Soldaten und Offiziere diesen Krieg als einen gerechten Krieg betrachten? Deshalb, so schlußfolgerte Stalin, werden die amerikanischen Interventen und die Söldner der USA-Satelliten in Korea eine Niederlage erleiden, denn das Recht ist auf der Seite des koreanischen Volkes, und dieses Recht wird siegen.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Kriegspolitik der USA-Regierung etwas näher betrachten. Die USA betreiben bekanntlich die Politik der Stützpunkte. Es wäre für jeden friedliebenden Menschen nicht uninteressant, einmal auf einer Weltkarte oder einem Globus alle jene Punkte zu bezeichnen, auf denen sich USA-Garnisonen befinden, um, wie es heißt, die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu verteidigen. So schrieb vor einiger Zeit die Züricher Zeitung „Die Tat“ von diesem Stütz-

punktsystem, das sich über alle fünf Erdteile erstreckt, auf dem nord- und südamerikanischen Kontinent, von Alaska bis nach Panama, Kuba und Brasilien; in Europa von Island über England, Westdeutschland bis nach Athen. Die USA haben Stützpunkte in Algerien, Marokko, Tripolis und der Türkei. Am Persischen Golf und in Saudi-Arabien weht die amerikanische Flagge. In Australien, Japan, Korea, Taiwan und auf den Aläuten sind amerikanische Truppen stationiert. Mit einem Wort: die USA schaffen sich in jedem Winkel der Erde auf Kosten der Völker militärische Stützpunkte.

Überlegt euch einmal einen Moment, Kolleginnen und Kollegen, was würde es für ein Geschrei geben, wenn die Sowjetregierung den Anspruch erheben würde, zum Beispiel in Mexiko eine Garnison zu errichten, was würde Herr Truman sagen, der im Ton tiefster Überzeugung die Notwendigkeit der Stationierung amerikanischer Truppen auf Taiwan als die gerechteste Sache der Welt ansieht, wenn die Sowjetunion für sich in Anspruch nehmen würde, auf Irland Flugzeuggeschwader zu stationieren. Von sämtlichen Rundfunkstationen würde eine solche Idee als schlimmste Kriegsprovokation bezeichnet werden. Erinnerung euch zum Beispiel, daß vor einigen Wochen die Anwesenheit von sowjetischen Fischereidampfern im Ärmelkanal, die auf dem Wege nach dem Schwarzen Meer waren, von der englischen reaktionären Presse als eine schlimme Bedrohung der Sicherheit Englands bezeichnet wurde. Dabei handelte es sich um ganz gewöhnliche Fahrzeuge zum Fischfang.

Aber jeder von uns weiß, daß die Sowjetregierung keine derartigen Pläne hat und auch niemals haben wird. Die Sowjetvölker sind frei von jedem Gedanken an Unterdrückung fremder Völker. Die Außenpolitik der Sowjetunion dient seit dem Bestehen des Sowjetstaates ausschließlich der Erhaltung des Friedens.

Alle Behauptungen über die angeblichen Angriffsabsichten der Sowjetunion erweisen sich im Licht der geschichtlichen Tatsachen und der Erfahrung der Völker als dummdreiste Lügen und Provokationen.

Weil immer wieder der Versuch unternommen wird, auf die Vergeßlichkeit der Menschen zu spekulieren, möchte ich mir

erlauben, einige nicht unbekannte Tatsachen in Erinnerung zu rufen.

Wer hat 1914 die europäischen Völker und schließlich auch das amerikanische Volk in den Krieg gejagt?

Der Kommunismus? Gewiß nicht.

Es waren die Herren der deutschen Konzerne, die Firma Krupp, Mannesmann, Klöckner, die Chemie- und Elektroindustriellen. Sie standen im Konkurrenzkampf mit ihren französischen, englischen und amerikanischen Geschäftskollegen. Da, wie Clausewitz sagte, der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, versuchten die deutschen Konzernherren mit dem Blut der deutschen Männer und Frauen ihren Anteil am Weltgeschäft zu vergrößern.

Das ist die geschichtliche Wahrheit.

Wer hat inmitten des ersten Weltkrieges den Kampf für den Frieden geführt? Wer hat schließlich zuerst den Krieg beendet?

Wer hat den kriegführenden Mächten einen sofortigen Waffenstillstand zur Herbeiführung des Friedens angeboten?

Die Regierungen der imperialistischen Länder? Gewiß nicht.

Es war die am 7. November 1917 durch den Sieg der Arbeiter und Bauern entstandene Sowjetmacht. Es war Lenin, der mit seinem Funkspruch „An Alle“ den Regierungen der kriegführenden Länder, den Soldaten in den Schützengräben, den Frauen in den Munitionsbetrieben die Aufforderung sandte: Macht Schluß mit dem Krieg, damit wieder Frieden in der Welt herrscht.

Haben die imperialistischen Regierungen des englischen Königs, des französischen und des amerikanischen Präsidenten Lenins Vorschlag angenommen? Gewiß nicht.

Die kaiserliche deutsche Regierung nutzte das Friedensangebot der Sowjetregierung dazu aus, um mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk dem jungen Arbeiter- und Bauernstaat die härtesten Bedingungen aufzuzwingen. Nichtsdestoweniger: die Sowjets unterschrieben den Friedensvertrag, damit Frieden herrsche.

Nach dem Zusammenbruch der deutschen Fronten, nach dem 9. November 1918, haben deutsche Generale genauso wie englische, amerikanische, japanische Generale auf Geheiß ihrer Konzernherren den Interventionskrieg gegen den Sowjetstaat

begonnen. Sie überfielen das Sowjetland, das nach dem Frieden rief.

Das ist die geschichtliche Wahrheit.

Tatsache ist aber auch, daß der erste Arbeiter- und Bauernstaat der Welt die Armeen von 14 ausländischen Mächten aus dem Lande vertrieb, obwohl die Rotarmisten schlecht ausgerüstet waren, hungerten und barfuß gingen, obwohl die Regimenter und Divisionen von militärisch ungeschulten Arbeitern und Bauern geführt wurden. Aber diese erste Arbeiter- und Bauernarmee der Welt, die morgen ihren 33. Jahrestag begeht, war beseelt von der großen Idee des Sozialismus. Sie trug die Fahne der internationalen Solidarität voran. Sie kämpfte für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für das Recht der Bauern auf den Boden, den sie selbst bearbeiten, für das brüderliche Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz, für die Freundschaft aller vom zaristischen Joch befreiten Nationen.

Darum konnte die Rote Armee in diesen Kämpfen siegen, und darum siegte sie auch im zweiten Weltkrieg über die faschistischen Eindringlinge.

Die Sowjetunion entstand im Kampf für den Frieden, wurde groß und mächtig durch den sozialistischen Aufbau und hat nur das eine Ziel, die kommunistische Gesellschaft zu errichten. Weil die 200 Millionen Menschen in der Sowjetunion von dem heißen Wunsch durchdrungen sind, ein Leben in Glück und Wohlstand zu schaffen, alle friedliebenden Völker zu achten und zu ehren, steht die Sowjetunion an der Spitze des Kampfes für die Erhaltung des Friedens. Unter Führung des großen Stalin wurde das Sowjetland zum stärksten Bollwerk des Friedens. Wenn die imperialistischen Kriegshetzer den von ihnen geführten kalten Krieg immer noch nicht in einen heißen Krieg verwandeln konnten, dann verdankt das die friedliebende Menschheit ausschließlich der Ruhe, Kraft und Stärke der sozialistischen Sowjetunion und ihrem Führer, Generalissimus Stalin.

Mögen die Kriegstreiber bedenken, daß das Lager des Friedens von Tag zu Tag stärker und mächtiger wird. Der Friede wird geschützt durch die heroische Sowjetarmee, durch die heldenhaften chinesischen Kämpfer Mao Tse-tungs. Der Friede wird geschützt durch die leidenschaftliche Entschlossenheit von

800 Millionen Menschen, die jetzt auf der Tagung des Weltfriedensrates in Berlin vertreten werden. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß jeder Versuch, die Welt in ein neues Kriegsabenteuer zu treiben, mit der Niederlage der Kriegsprovokateure enden wird.

Kolleginnen und Kollegen! Nach den Schrecken zweier Weltkriege in diesem Jahrhundert gibt es wohl kaum einen werktätigen Menschen, der einen neuen Krieg möchte. Unter uns sind sehr viele, die beide Weltkriege am eigenen Leibe verspürten. Es gibt auch wohl keine deutsche Familie, die nicht einen ihrer Angehörigen in den Weltkriegen verlor.

Unser Volk ist von dem tiefen Wunsch nach Frieden erfüllt. Es ist deshalb kein Zufall, daß in allen Teilen unserer deutschen Heimat die Menschen — ganz gleich, welche politische Auffassung sie haben, unabhängig von ihrer religiösen Einstellung und ihrer Weltanschauung — alle von dem gleichen Gedanken erfüllt sind: Frieden und nochmals Frieden.

Man muß die Frage stellen: Gibt es denn überhaupt ernsthafte Versuche, das deutsche Volk in einen neuen Krieg zu hetzen?

Wenn man heute die Reden gewisser Westpolitiker anhört, ob sie nun Adenauer, Schumacher, Kaiser, Reuter oder sonstwie heißen, beteuern sie alle übereinstimmend: sie wollen nichts anderes als Frieden. Aber wir erinnern uns, daß Hitler auch immer vom Frieden geredet hat und dabei den Krieg vorbereitete und 1939 zum Angriff überging.

Überprüfen wir also, ob Anzeichen dafür vorhanden sind, daß gegen den Willen des Volkes militärische Vorbereitungen und Kriegsrüstungen durchgeführt werden. Es ist notwendig, daß sich jeder Friedensfreund darüber Rechenschaft ablegt; man darf nicht den Kopf in den Sand stecken.

Was zeigt sich: In Westdeutschland und auch in Westberlin gibt es eine Anzahl eigenartiger Organisationen, die bei näherem Zuschauen einen ausgesprochen militaristischen Charakter tragen. Da existiert eine sogenannte „Erste Legion“. Ihr Taufpate ist Herr Adenauer persönlich. Sie will eine Formation der sogenannten Elite sein und setzt sich das Ziel — wie wir in der Westpresse lesen können —, die Macht in die angeblich rechten Hände zu bringen. Wenn wir dabei feststellen, daß Herr Ade-

nauer aus einer Spende, die er zu seinem Geburtstag von den Industriellen erhielt, dieser „Ersten Legion“ 150 000 Mark zugeschoben hat, dann ist völlig klar, daß es sich um keinen Wohltätigkeitsverein, sondern um Stammpersonal für eine neue faschistische Wehrmacht handelt.

Da gibt es einen „Bund deutscher Jugend“. Dieser wird wieder aus den Spenden sogenannter amerikanischer Wohltätigkeitsorganisationen gefüttert. Sein Leiter ist ein Dr. med. Lüth, übrigens ein sogenannter Ostzonenflüchtling. Er hat als Militärarzt weniger Verwundete geheilt, als auf Hitlers Befehl Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Dieser „Bund deutscher Jugend“ bereitet eine Zeitung mit dem Titel „Der deutsche Beobachter“ vor, und damit sich niemand irrt, warum dieser Name gewählt wurde, erklärte der Dr. Lüth, daß diese Zeitung „die positiven Tendenzen des ‚Völkischen Beobachters‘ übernehmen werde“.

Hitlers Fallschirmjäger haben ihre festgefügte Organisation in Westdeutschland mit Verbandstreffen und Mitteilungsblättern. Sie nennen sich „Die grünen Teufel“ und warten, wie es in der Westpresse heißt, auf den Tag des Einsatzes.

Da gibt es im Westen einen Jacob Kaiser. Er hat mal eine Zeit hier bei uns als Vorsitzender der CDU den demokratischen Kräften Treue gelobt und geschworen, den Weg des demokratischen, friedliebenden Aufbaus zu gehen.

Jetzt ist er Minister für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, und sein Aufbauprogramm besteht darin, eine sogenannte Selbstschutzorganisation zu schaffen. Natürlich soll dieser Selbstschutz nicht dazu dienen, sich der Übergriffe amerikanischer Besatzungstruppen zu erwehren, sondern, wie sich Herr Kaiser ausdrückt, gegen die kommunistischen Umtriebe vorgehen.

Nun sind „Selbstschutzorganisationen“ nichts Neues in Deutschland. Wer erinnert sich nicht an die „Selbstschutzformationen“, die angeblich die Ostgrenze schützen sollten und dann hier in Berlin-Köpenick wehrlose Arbeiter, wie den Kollegen Futren, ermordeten, und an die, die Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erschlugen? Wer erinnert sich nicht, daß aus diesen „Selbstschutzorganisationen“ die SA und SS entstanden? Aber jetzt baut Jacob Kaiser wieder solche Selbstschutzformationen

auf, und es gibt keinen Zweifel daran, daß an ihrer Spitze ehemalige SS-Führer und die Henker von der Gestapo stehen werden.

Das sind gewiß nicht alle offen und geheim schon existierenden und in Vorbereitung befindlichen Organisationen. Zu diesen kommt die westdeutsche Polizei. Die Polizei ist das Lieblingsthema der westlichen Presse. Sie schreit über die angeblich so gefährliche Volkspolizei in der Deutschen Demokratischen Republik und verschweigt den Umfang und die Stärke der westdeutschen Polizeiformationen. In Westdeutschland existieren unter anderen folgende Polizeiverbände: Bereitschaftspolizei, die kaserniert ist, die Polizei der Gemeinden, der Länder, der Polizeigrenzdienst der Länder, die Bundesbereitschaftspolizei, die Grenzschutzpolizei und die kasernierte Bereitschaftspolizei für den Grenzschutz. Ich will dazu die Meldung einer britischen Zeitschrift anführen, die am 10. Februar dieses Jahres die Gesamtzahl dieser westlichen Polizeiformationen — da ist Westberlin nicht mit eingerechnet — auf weit über 200 000 Polizisten berechnet. Dieselbe englische Zeitschrift erklärt, daß damit die westdeutschen Polizeikräfte dreimal stärker sind als die Volkspolizei in der Deutschen Demokratischen Republik.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Führung der sogenannten Bereitschaftspolizei, nach einem Artikel im Zentralorgan des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Hannover vom 26. Januar 1951, zu 80 Prozent aus höheren SS-Offizieren besteht. Darunter sind Leute, die lange vor 1933 der NSDAP angehörten, und die sogar nach westlichen Begriffen als schwerbelastete Nazis anzusprechen sind.

Das sind die uns bekannten Tatsachen über militärische Formationen auf westdeutscher Seite. Die westlichen Besatzungsmächte unterhalten die sogenannten Arbeitsdienstformationen. Die Pariser Zeitung „Le Monde“ schrieb in ihrer Nummer vom 19. Januar 1951, daß die Amerikaner wie die Briten mindestens über je dreißigtausend Mann dieser bewaffneten, disziplinierten und gedrillten Formationen verfügen. Die Zeitung sprach klar aus, daß diese Arbeitsdienstformationen sehr schnell zum Kern einer deutschen Wehrmacht umgewandelt werden können. Die Auffassung dieser französischen Zeitung wurde bestätigt durch eine Meldung in der Zeitung „Die Rhein-Pfalz“ vom 8. Februar

dieses Jahres, in der von einem Vorbeimarsch und von Schießübungen sogenannter Arbeitseinheiten in der britischen Besatzungszone berichtet wurde. Ein britischer Offizier hat bei dieser Gelegenheit unumwunden zugegeben, daß es sich um die Anfänge einer Armee handelt.

Schließlich muß auch darauf hingewiesen werden, daß bei der Bonner Bundesregierung eine sogenannte Dienststelle des Beauftragten der Bundesregierung für die Unterbringung der alliierten Besatzungstruppen existiert. An der Spitze steht ein Vertrauensmann Adenauers namens Theodor Blank, und zu seinem Stabe gehören General Dr. Hans Speidel, der frühere Stabschef Rommels, General Heusinger, der frühere Chef der Operationsabteilung des Hitlerstabes, und Graf Kielmannseck, ein Generaloberst der Hitler-Armee, sowie ein gewisser Ernst Ostermann. Diese harmlose Dienststelle erweist sich als der Anfang eines neuen deutschen Kriegsministeriums, an deren Spitze Hitlergenerale stehen und deren Auftraggeber jene westdeutschen Konzernherren sind, die uns schon zweimal in den Krieg geführt haben.

In Westdeutschland gibt es einen bekannten Karnevalsschlager mit dem Refrain: „Wer soll das bezahlen, wer hat soviel Geld“.

Inzwischen hat sich längst herausgestellt, wer diesen aufgeblähten Polizeiapparat, wer diese Arbeitseinheiten, wer die Dienststelle der Hitlergenerale, wer die ganzen militärischen Vorbereitungen und die Aufrüstung bezahlen soll.

Wer bezahlt das? Das Volk!

Zunächst einmal kommen die Besatzungsmächte. Dr. Schumacher, der Vorsitzende der westdeutschen Sozialdemokratie, hat sie vor mehr als zwei Jahren freundlicherweise aufgefordert, statt eines Friedensvertrages ein Besatzungsstatut zu beschließen. Natürlich stimmten die Amerikaner und Engländer zu. Das Besatzungsstatut kostete Westdeutschland im vorigen Jahre die runde Summe von 5 Milliarden Mark.

Dr. Schumacher war noch nicht zufrieden. Ihm genügte noch nicht die Zahl der Besatzungstruppen. Er wünschte mehr. Er schlug Herrn Truman vor, die Ausbildung der amerikanischen

Boys nicht in Texas und Kalifornien, sondern in Westdeutschland vorzunehmen.

Die Amerikaner stimmten natürlich zu. So kommen jetzt nach Deutschland neue Divisionen, und das kostet noch einmal 5 Milliarden Mark, so daß nach Meldungen der letzten Tage die Besatzungsmächte die Summe von 10,7 Milliarden Mark für ein einziges Jahr anfordern. 10,7 Milliarden Mark bei ungefähr 45 Millionen Menschen in Westdeutschland sind rund 228 Mark pro Kopf, das heißt, auf eine Familie von drei Köpfen kommen 684 Mark. Mit anderen Worten, jede westdeutsche Familie, ohne Berücksichtigung der Arbeitslosen von 2 Millionen, muß mehr als zwei Monate nur für die Besatzungskosten arbeiten. Ein billiger Spaß ist das. Wo soll das Geld herkommen? Die Herren in Bonn haben ein einfaches Rezept. Sie erhöhen die Preise, setzen die Steuern herauf und senken die Renten. Natürlich nicht für die Herren Offiziere und Generale der Hitlerwehrmacht und der SS. Selbstverständlich nur für hilflose Witwen, Waisen und Opfer des Krieges und der Arbeit.

Es klingt das alles wie blutiger Hohn und ist doch bittere Wahrheit; die Westberliner Verwaltung schreit sich die Kehle heiser. Sie wollen, daß Westberlin in jeder Beziehung Westdeutschland angeglichen wird, und was heißt das? Das heißt nach „Telegraf“-Meldungen von vorgestern: die Lebensmittel werden noch teurer, Erhöhung der Preise um weitere 10 Prozent, Steigerung der Mieten um 20 Prozent bei gleichzeitigen Einschränkungen in der Zahlung von Renten. Das ist das Rezept Westdeutschlands und Westberlins. Die Folgen dieser volksfeindlichen Politik kann jeder von euch täglich beobachten. Nach offiziellen Meldungen gibt es in Westberlin 300 000 Arbeitslose, nicht gezählt ist die Zahl der Jugendlichen, die keinen Arbeitsplatz erhielten. Der Gerichtsvollzieher geht um, Menschen werden aus ihren Wohnungen vertrieben, und die Stumpfpolizei wird dazu mißbraucht, Arbeitslose, die ihre Miete nicht bezahlen können, aus den Wohnungen zu werfen.

Vor 10 Wochen durften die Westberliner wählen. Alle Westberliner Parteien versprachen den Wählern bessere soziale Bedingungen. Nach den Wahlen begann ein großes Geraufe zwischen den Parteien um den ersten regierenden Bürgermeister, um

Die General Motors konnten in den ersten neun Monaten des Jahres 1949 502 Millionen Dollar Reingewinn buchen und in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres 702 Millionen Dollar. Und so wie der Stahl- und Autokonzern verdienen die anderen amerikanischen, englischen und französischen Konzerne an der Kriegsvorbereitung und wollen noch mehr verdienen am kommenden Krieg.

Die Kriegsrüstung in Deutschland lieferte im ersten Kriege die Firma Krupp, im zweiten Kriege die Firma Krupp und soll auch im dritten Kriege wieder Krupp liefern. Deshalb wurde er von seinen amerikanischen Geschäftsfreunden aus der Haft in Landsberg entlassen. Diese Kriegshetzer, diese Kriegsverdiener, die Verantwortlichen für 36 Millionen Tote des letzten Krieges sind sich einig. Sie sind sich einig in dem Willen, nicht das Blut der Völker zu schonen, um noch mehr Gewinne zu erzielen, um ihre blutige Herrschaft vor dem Freiheitsstreben aller friedliebenden Nationen zu sichern.

Wenn es nach den Kriegshetzern ginge, wären wir schon längst in einem dritten Weltkrieg. Aber ihren verbrecherischen Absichten steht der Wille der übergroßen Mehrheit der friedliebenden Menschheit entgegen. Die Menschheit hat aus den letzten beiden Kriegen gelernt, und sie will nicht wieder willenlos auf die Schlachtbank geführt werden. Die Kriegshetzer wollen uns vergessen machen, daß die Sowjetunion existiert, die mit ihrer ganzen politischen und moralischen Kraft auf der Seite des Friedens steht.

Stalin rief der friedliebenden Menschheit zu: „Der Krieg ist nicht unvermeidbar!“ Er sagte uns allen:

„Der Friede wird erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und den Frieden bis zum äußersten verteidigen.“¹

Den Frieden bis zum äußersten verteidigen — das, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe jungen Freunde, ist die Aufgabe des Tages. Sage niemand, er könne dazu nichts tun. Jeder kann dazu viel tun. Und gerade hier in Berlin, wo die Kriegshetzerpresse von einer Provokation in die andere stürzt, um einen

¹ „Einheit“, 6. Jahrgang, Heft 3, 1951.

Kriegsgrund zu finden, müssen wir mit größter Ruhe und Entschlossenheit dem Versuch, den Kriegsbrand zu entfachen, entgegenzutreten. Wer ist unter euch, der wünscht, daß seinem Kollegen das Haus über dem Kopf zusammenstürzt? Wir können in dieser oder jener Frage verschiedener politischer Auffassung sein. Wir können uns darüber streiten, ob man so oder so besser handeln würde. Es kann Meinungsverschiedenheiten geben über diese oder jene Regierungsanordnung. Sicher werden Fehler gemacht. Aber das alles kann doch kein Grund sein, daß wir uns gegenseitig die Kehle durchschneiden oder wünschen, daß der andere durch eine Atombombe vernichtet werde.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, geben wir uns keinen Illusionen hin — ein dritter Weltkrieg ist das Ende für unser deutsches Vaterland und das Ende für unser Berlin. Mit einem Zynismus, den nur amerikanische Kriegstreiber aufbringen können, hat der USA-Senator Taft anfangs dieses Jahres erklärt, daß im Falle eines Krieges in Europa die ganze Stahlwerkkapazität Westeuropas zerstört werden muß. Und damit kein Zweifel besteht, was dieser menschenfreundliche Herr Taft meint, erklärt er, daß man die europäischen Städte aus der Luft vernichten werde, genauso, wie man das jetzt in Korea macht. Das sind ihre Absichten, Europa dem Erdboden gleichzumachen, auszulöschen. Was sind schon ein paar Dutzende Millionen Menschen?

Doch Kolleginnen und Kollegen, so einfach geht das nicht. Die Gefahr richtig erkennen heißt, den halben Sieg errungen zu haben. Wenn wir uns erst einmal darüber klar sind, daß wir den Frieden wollen, ihn mit aller Kraft beschützen werden, dann wird es uns auch gelingen, die Kriegstreiber zum Teufel zu jagen, um uns und unseren Familien das Leben und unserem deutschen Vaterland die nationale Existenz zu sichern.

Ich habe mit großer Freude vernommen, daß in der Entfaltung der Friedensproduktion euer Betrieb vorangeht. Das von euch hergestellte Kraftwerk-Hochspannungsfeld wird auf der Leipziger Messe sichtbarer Ausdruck des Friedenswillens der Berliner Arbeiterschaft und damit durch euch der friedliebenden Kräfte unserer deutschen Heimat sein. Ich habe mit ebenso großer Freude erfahren, daß hier in diesem Betrieb die ersten kameradschaftlichen, kollegialen Aussprachen mit den sozialdemokrati-

schen Arbeitern stattfanden. Das ist gut so. Uns trennt eine unüberbrückbare Kluft von den Kriegshetzern, aber uns eint das Band der proletarischen Solidarität, der gleichen sozialen Lage, des gleichen Willens zum Frieden und zur Einheit unseres Vaterlandes mit jedem sozialdemokratischen Kollegen, mit jeder sozialdemokratischen Kollegin.

Ich bin tief davon überzeugt: wenn wir uns erst einmal zusammensetzen und uns darüber beraten, wie unser Berlin wieder eine einheitliche Stadt wird, dann werden wir auch den Weg dazu finden. Herr Reuter glaubt, daß es unmöglich sei, mit seinem ehemaligen Genossen aus der gleichen Partei, meinem Freunde Fritz Ebert, zu sprechen. Er hat von Schöneberg bis zur Parochialstraße nur 15 Minuten Autofahrt. Nein, Herr Reuter fährt nach den USA. Dort bekommt er gewiß die besten Ratschläge, wie man Berlin regieren muß. Mir scheint, daß die Berliner andere Sorgen haben, als zu wissen, was man auf der Chikagoer oder New-Yorker Börse von der Einheit Berlins denkt. Die Einheit Berlins kann dort nur verschachert werden. Sie muß hier entstehen, in Neukölln und Lichtenberg, am Wedding und im Friedrichshain, in Charlottenburg und Weißensee. Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, sei mein Appell an euch: Lest mit größter Aufmerksamkeit, was Stalin über die wirklichen Kriegstreiber sagt, ihre Absichten, und wie wir diese Absichten vereiteln können. Diskutiert darüber, vergleicht die Tatsachen, die Stalin anführt, mit euren eigenen Erfahrungen, und dann stellt die Frage, wie wir selbst hier in Berlin und in ganz Deutschland den Weg des Friedens und der Freundschaft mit den Völkern, die uns wohlgesinnt sind, gehen können.

Seit gestern tagt in Berlin der auf dem Warschauer Weltfriedenskongreß gewählte Weltfriedensrat, der zugleich eine Vertretung aller friedliebenden Völker ist, die uns wohlgesinnt sind. Dieser Tagung kommt um so größere Bedeutung zu, als sich die Vereinten Nationen, die sogenannte UNO, unter der Vorherrschaft der amerikanischen Kriegstreiber, wie Stalin sagte, „in ein Instrument des Aggressionskrieges“ verwandelt. Die Tagung des Weltfriedensrates wird dazu beitragen, die große Aufgabe zu lösen, die Stalin mit den Worten gestellt hat, daß jetzt

„die breite Kampagne zur Erhaltung des Friedens als Mittel der Ent-

larvung der verbrecherischen Machenschaften der Kriegshetzer von erstrangiger Bedeutung"¹ ist.

Die Tatsache, daß diese Tagung der führenden Vertreter des Weltfriedenslagers in Berlin stattfindet, hat für uns große Bedeutung. Sie ist eine Anerkennung der friedlichen Innen- und Außenpolitik unserer Deutschen Demokratischen Republik. Sie ist darüber hinaus von besonderer Bedeutung, weil durch die Kriegspolitik der imperialistischen Westmächte unser Vaterland zerrissen wird und in Westdeutschland die Kriegsvorbereitungen und die Remilitarisierung mit Hochdruck betrieben werden. Der große italienische Sozialist und Friedenskämpfer Pietro Nenni hat vor dem Weltfriedensrat gestern die gegenwärtigen Aufgaben der Friedenskämpfer formuliert. Gehen wir von Stalins Interview und den von Pietro Nenni formulierten Aufgaben der Friedenskämpfer aus, so ergeben sich für uns im Kampf um die Erhaltung des Friedens und die Herstellung der Einheit Deutschlands folgende Aufgaben:

1. Es ist notwendig, dem ganzen deutschen Volk, jedem Vater, jeder Mutter, jedem Jugendlichen die ganze Größe der Gefahr zu zeigen, die sich für das deutsche Volk aus der Remilitarisierung, der Verstärkung der amerikanisch-englischen Interventions- truppen, den Kriegsrüstungen und den Zerstörungsvorbereitungen in Westdeutschland ergibt. Jeder Deutsche muß wissen, daß der amerikanische Krieg in Europa auf deutschem Boden ausgetragen und das deutsche Volk mit dem nationalen Untergang bedrohen würde.

2. Es ist notwendig, alle Maßnahmen der Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung, der Rüstungsproduktion, der Anwerbung deutscher Männer und Jünglinge als Söldner zu entlarven und zu verhindern. Es darf den amerikanischen und deutschen Kriegstreibern nicht gelingen, die Remilitarisierung und Kriegsvorbereitungen zu verschleiern und im verborgenen zu betreiben. Ziehen wir jede solche Maßnahme ans Licht der Öffentlichkeit, damit das ganze Volk sieht, wo die Kriegsverbrecher sitzen und wie der Krieg vorbereitet wird.

3. Es ist notwendig, die falsche Vorstellung endgültig zu zerschlagen, daß der einfache Mensch gegen den Krieg nichts machen

¹ Ebenda.

könne. Die Ruhrbergarbeiter, die Panzerschichten verweigern, die Frauen und Mütter, die sich weigern, ihre Wohnstätten für Kasernen herzugeben, die Bauern, die sich dagegen wehren, daß ihre Äcker zu Flugplätzen und Exerzierplätzen gemacht werden, sie alle kämpfen gegen den Krieg, tragen dazu bei, den Frieden zu erhalten.

Die überall in Westdeutschland und Westberlin so populäre Losung „Ohne uns“ bringt die Ablehnung breiter Volksschichten gegen jede Remilitarisierung zum Ausdruck. Es kommt aber nicht nur auf passive Ablehnung der Remilitarisierung und Kriegsvorbereitungen an, sondern man muß einen aktiven Kampf für die Entlarvung und Verhinderung der Kriegsvorbereitungen führen.

4. Um den Kampf für den Frieden mit Erfolg führen zu können, ist es notwendig, daß sich alle friedensgewillten Menschen zusammenschließen, denn im Zusammenschluß, in der Gemeinsamkeit liegt ihre Stärke. Die Friedenskomitees in den Betrieben, die Ausschüsse gegen die Remilitarisierung, die Aktionskomitees zur Verhinderung der Zerstörungsvorbereitungen, zur Verteidigung der Wohnungen und viele andere Formen des aktiven Friedenskampfes müssen darum in jeder Weise gefördert werden. Ihnen muß jeder friedensgewillte Mensch seine Mitarbeit und Kraft zur Verfügung stellen.

5. Die Remilitarisierung und Kriegsvorbereitungen, die Verstärkung der Besatzungstruppen der westlichen Imperialisten werden auf Kosten des werktätigen Volkes durchgeführt. In Westberlin und Westdeutschland ist es darum eine Aufgabe des Friedenskampfes, auch den Kampf gegen die Senkung und Verschlechterung der Lebenshaltung zu führen. Die Streiks der Arbeiter in Bremen und anderen westdeutschen Städten für Lohnerhöhung und Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen dienen indirekt auch der Erhaltung des Friedens.

6. Im Kampf für den Frieden ist es vor allem notwendig, die Schranken niederzureißen, die von den imperialistischen Kriegstreibern und ihren Agenten in der Führung der westdeutschen Sozialdemokratie und des westdeutschen Gewerkschaftsbundes zwischen den Arbeitern errichtet wurden. Ohne Arbeiter und Arbeiterinnen gibt es keine Kriegsproduktion. Ohne Arbeiter und

Arbeiterjugen gibt es kein deutsches Söldnerheer. Die Arbeiterklasse ist die entscheidende Kraft im Kampf für die Erhaltung des Friedens. Darum ist es notwendig, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg, die Aktionseinheit zwischen den Mitgliedern und Funktionären der SED und SPD in Berlin und der KPD und SPD in Westdeutschland herzustellen.

7. Die größte und entscheidende Aufgabe aber, die wir Deutsche im Kampf gegen den Krieg und für die Sicherung des Friedens zu erfüllen haben, ist der Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, um die Schaffung einer gesamtdeutschen, friedliebenden, unabhängigen, demokratischen Republik. Am 5. März sollen in Paris die Vertreter der Außenminister der vier Großmächte zusammentreten, um über die Entmilitarisierung Deutschlands und die friedliche Lösung des deutschen Problems zu beraten. Fast sechs Jahre nach Beendigung der Kriegshandlungen kann das deutsche Volk das Recht beanspruchen, bei solchen Beratungen über sein eigenes nationales Schicksal gehört zu werden. Angesichts dessen ist es notwendig, in ganz Deutschland zu fordern, daß der Bonner Bundestag die Beantwortung des Appells unserer Volkskammer nicht noch länger verzögert. Adenauer hat sieben Wochen gebraucht, um auf den Brief unseres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl eine von den Amerikanern diktierte Ablehnung vor der Presse zu verlesen. Das deutsche Volk kann nicht zulassen, daß der Bonner Bundestag die Antwort auf den Appell der Volkskammer ebensolange hinauszögert, um ihn schließlich auch nach amerikanischem Diktat abzulehnen.

Der Zusammentritt eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates ist zu einer dringenden Notwendigkeit geworden. Die Vertreter aus Ost- und Westdeutschland müssen sich endlich an einen Tisch setzen, um über die Vorschläge zu beraten, die das deutsche Volk für die Gestaltung seiner eigenen Zukunft den Pariser Viermächteberatungen zu unterbreiten hat. Der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat wäre das berufene Organ, um den vier Mächten Vorschläge für den raschesten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den darauffolgenden Abzug der Besatzungstruppen aus ganz Deutschland zu machen.

Der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat wäre ferner das geeignete Organ, das konkrete Vorschläge ausarbeiten könnte, um den innerdeutschen Handel auszudehnen, um den deutschen Waren den freien Zugang zum Weltmarkt zu sichern.

Der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat müßte auch alle Maßnahmen beraten, die wirklich freie Wahlen für eine gesamtdeutsche Nationalversammlung garantieren. Die Lösung dieser Aufgaben würde der Erhaltung des Friedens in Europa aufs beste dienen, denn die Existenz eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen und unabhängigen Deutschlands würde nach den Worten Stalins die Gefahr des Blutvergießens in Europa für immer ausschließen.

Darum ist der Kampf für die friedliche Lösung des deutschen Problems im Jahre 1951 die Hauptaufgabe unseres Kampfes um die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Dafür reichen wir allen, die guten Willens sind, die Hand. Es gibt Leute, die glauben, mit der Losung „Ohne uns“ und der Forderung nach Neutralisierung Deutschlands der Kriegsgefahr begegnen zu können. Sie begründen es damit, daß sie Deutschland entmilitarisieren und die Einheit Deutschlands wiederherstellen wollen. Wir sind zwar der Meinung, daß es im Kampf zwischen Krieg und Frieden keine Neutralität geben kann, daß man sich fest und entschlossen ins Lager des Friedens einreihen muß. Aber im Kampf um die Rettung unserer Nation aus der tödlichen Bedrohung durch die amerikanische Kriegspolitik sind wir bereit, auch mit den Verfechtern der Neutralisierungspolitik zusammenzuarbeiten, soweit sie ehrliche deutsche Patrioten sind und Deutschland aus dem Atlantikpakt und dem Kriege heraushalten wollen.

Oberstes Gesetz unseres Denkens und Handelns muß die friedliche Lösung des deutschen Problems im Jahre 1951 sein, und dafür wollen wir alle guten Deutschen zusammenschließen. Das deutsche Volk wird am besten zur Erhaltung des Friedens beitragen, wenn es den Kampf um seine nationale Einheit und Unabhängigkeit, um eine friedliche und demokratische gesamtdeutsche Republik auf das höchste steigert. Mögen die Abgeordneten des Bonner Bundestages ihre Verantwortung erkennen. Das deutsche Volk wird sich mit Ausflüchten nicht zufriedengeben. Es wird so oder so Mittel und Wege finden, um vor der

Viermächteberatung in Paris seine Forderungen für einen Friedensvertrag mit Deutschland zu erheben. Das erfordert aber, daß wir alles daransetzen, um das ganze deutsche Volk mit dem Appell der Volkskammer bekanntzumachen, um eine breite Bewegung für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951 zu entfalten.

Es lebe die Einheit des friedlichen, demokratischen und unabhängigen Deutschlands!

Es lebe der Kampf für den Frieden!

Es lebe der geniale Vorkämpfer des Weltfriedens, Generalissimus Stalin!

„SED-Pressediens!“ vom 23. Februar 1951.

Das revolutionäre Erbe Rosa Luxemburgs und die deutsche Arbeiterbewegung

Zum 80. Geburtstag von Rosa Luxemburg

„... ein Adler kann wohl manchmal auch tiefer hinabsteigen als ein Huhn, aber nie kann ein Huhn in solche Höhen steigen wie ein Adler. Rosa Luxemburg irrte in der Frage der Unabhängigkeit Polens; sie irrte 1903 in der Beurteilung des Menschewismus; sie irrte, als sie im Juli 1904 neben Plechanow, Vandervelde, Kautsky und anderen für die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki eintrat; sie irrte in ihren Gefängnischriften von 1918 (wobei sie selbst Ende 1918 und Anfang 1919 ihre Fehler zum großen Teil korrigierte). Aber trotz aller dieser ihrer Fehler war sie und bleibt sie ein Adler... ‚Die deutsche Sozialdemokratie ist nach dem 4. August 1914 ein stinkender Leichnam‘ — mit diesem Ausspruch Rosa Luxemburgs wird ihr Name in die Geschichte der Arbeiterbewegung der ganzen Welt eingehen.“¹

Am 5. März 1951 jährt sich zum achtzigsten Mal der Geburtstag der großen Sozialistin Rosa Luxemburg. Wir können ihr Andenken wohl kaum besser ehren als durch die Herausgabe der vorliegenden zwei Bände ihrer „Ausgewählten Reden und Schriften“. Zeigen doch gerade ihre Reden und Aufsätze, die den revolutionären Kampf und die theoretischen und politischen Anschauungen dieser einzigartigen Revolutionärin widerspiegeln und den Geist der Revolution atmen, mit aller Anschaulichkeit, was Rosa Luxemburg für die deutsche und für die internationale Arbeiterbewegung gewesen ist und was sie uns heute bedeutet. Dabei erinnern wir uns der Worte Lenins, daß ihr Werk eine sehr nützliche Lehre darstellt zur Erziehung vieler Generationen von Kommunisten. Kühn, aufrecht und entschieden ist Rosa Luxemburg ihren Weg gegangen, hat sie ihre Anschauungen vertreten, den Sozialismus propagiert und die Massen zum Kampfe gegen den Opportunismus und Revisionismus, gegen Militarismus und imperialistische Kriege, für die Erkämpfung des Sozialismus aufgerufen. Als unbeugsame Revolutionärin, die

¹ W. I. Lenin, Werke, 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 184, russ.

kein Gefängnis, keinen Terror fürchtet, hat sie gelebt und gekämpft, so ist sie auch am 15. Januar 1919 unter den Kolbenschlägen der Noskebanditen gestorben.

Darum ist Rosa Luxemburg allen Marxisten teuer, ist sie allen denen teuer, die den Fortschritt auf ihre Fahne geschrieben haben und für eine bessere Zukunft, für die Erkämpfung der kommunistischen Gesellschaftsordnung eintreten. Die Sozialistische Einheitspartei, die einen entschiedenen Kampf gegen jede Erscheinung des Sozialdemokratismus führt, hütet zugleich die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung. Sie hütet auch das revolutionäre Erbe Rosa Luxemburgs, ohne dabei vor ihren irrigen Auffassungen in einigen Grundfragen des Marxismus die Augen zu verschließen. Es handelt sich dabei um Auffassungen, die vom Leninismus und durch die Kämpfe und Siege der bolschewistischen Partei schon längst widerlegt worden sind. Rosa Luxemburgs revolutionäre Tätigkeit in den Tagen vom 10. November 1918 bis zu ihrem Tode hat bewiesen, daß sie auf dem Wege war, ihre irrigen Auffassungen im revolutionären Kampf zu überwinden. Ihre Ermordung hat dieser Entwicklung zur konsequenten Marxistin-Leninistin ein vorzeitiges Ende gesetzt.

Geboren am 5. März 1871 in Zamosc im Hause eines Kaufmannes, schloß sie sich bereits als Gymnasiastin einer Warschauer Gruppe der Partei „Proletariat“ an, der ersten politischen Arbeiterpartei Polens, die vom Geiste des Klassenkampfes und der marxistischen Ideologie getragen war. In dieser Zeit beginnt sie, sich mit den Fragen des Marxismus zu beschäftigen. Um der drohenden Verhaftung durch die zaristische Ochrana (Geheimpolizei) zu entgehen und um studieren zu können, begibt sich Rosa Luxemburg als Achtzehnjährige in die Schweiz. Sie belegt an der Züricher Universität anfangs die philosophische Fakultät und später die juristische, um hier Staatswissenschaft und Nationalökonomie zu studieren.

In der Schweiz kommt sie mit bekannten russischen und polnischen Marxisten in Verbindung, mit Plechanow, Marchlewski, Jogiches. Sie festigt ihr marxistisches Wissen und nimmt an der schweizerischen und vor allem an der polnischen sozialdemo-

kratischen Bewegung aktiv teil. Ihre Verbindung mit der polnischen sozialdemokratischen Bewegung hat Rosa Luxemburg niemals aufgegeben; zeitlebens ist sie einer ihrer führenden Köpfe geblieben. Wie sie in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einen Ehrenplatz einnimmt, so auch in der polnischen. Von 1893 bis 1896 finden wir sie in der Züricher Redaktion der in Paris erscheinenden Zeitung „Sprawa Robotnicza“ — das Organ der Sozialdemokratie des Königreichs Polen, die eine revolutionäre, wenn auch nicht ganz konsequente marxistische Partei war. Im Namen der „Sprawa Robotnicza“ tritt sie im August 1893 auf dem Züricher Internationalen Sozialistenkongreß auf, wo sie Friedrich Engels kennenlernt. So ist die junge Studentin revolutionäre Kämpferin und Publizistin; so erwirbt sie sich schon in jungen Jahren in der Schweiz und in der polnischen sozialdemokratischen Bewegung einen guten Namen. Mit ihrer vom Gesichtspunkt des historischen Materialismus geschriebenen Arbeit „Die industrielle Entwicklung in Polen“ schließt sie im Jahre 1897 ihr Universitätsstudium ab.

Bald darauf geht Rosa Luxemburg nach Deutschland und wird Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Hier ist sie um diese Zeit schon keine Unbekannte mehr. Bereits seit 1896 steht sie in enger Verbindung mit dem theoretischen Organ der SPD „Die Neue Zeit“, dessen Redakteur Karl Kautsky ist. Ihre ersten Artikel in der „Neuen Zeit“ beschäftigen sich noch fast ausschließlich mit Problemen der polnischen Sozialdemokratie. Nun aber nimmt sie mit dem ihr eigenen Elan praktisch und theoretisch zu den brennendsten Fragen der deutschen Arbeiterbewegung Stellung. Im Herbst 1898 ist sie kurze Zeit Chefredakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, geht dann nach Berlin und arbeitet hier hauptsächlich für „Die Neue Zeit“ und für die „Leipziger Volkszeitung“. Sie geht hinaus in die Provinz, leistet unermüdlich Wahlagitation und ist Rednerin in großen Massenversammlungen. Im Jahre 1902 wird ihr die Leitung der „Leipziger Volkszeitung“ übertragen. Gleichzeitig arbeitet sie an dem theoretischen Organ der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen „Przegląd Socjal-Demokratyczny“ (Sozialdemokratische Rundschau) mit. Im Jahre 1905 konzentriert sich ihre Arbeit darauf, bei den werktätigen Massen Verständnis und Sympathie

für die erste bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland zu wecken. In einer großen Anzahl von Artikeln und Reden bemüht sie sich, der deutschen Arbeiterbewegung die Erfahrungen und Lehren dieser Revolution zu vermitteln. Nachdem sie in den ersten Monaten des Jahres 1906 an den revolutionären Kämpfen in Warschau teilgenommen und dort einige Zeit in Gefängnissen zugebracht hatte, verfaßte sie in Finnland die Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaft“, in der sie die Erfahrungen der großen Massenkämpfe des russischen Proletariats für den Kampf gegen die deutschen Opportunisten auswertet. Im Mai 1907 nimmt sie als Vertreterin der deutschen und gleichzeitig als Delegierte der polnischen Sozialdemokraten an dem Londoner Parteitag der SDAPR teil und unterstützt dort in vielen Fragen Lenin und die Bolschewiki.

In diesen und den folgenden Jahren ist Rosa Luxemburg eine eifrige Propagandistin der Idee des Massenstreiks. Das ist eine Frage, in der sie mehr als in anderen Fragen sich dem Standpunkt Lenins näherte. In zahllosen Partei- und Gewerkschaftsversammlungen spricht sie über den Massenstreik, aber auch über den Wahlrechtskampf und seine Lehren und vor allem über den Kampf gegen den Militarismus und gegen den drohenden imperialistischen Krieg. Ihr Auftreten gegen den Krieg trägt ihr im Februar 1914 eine Verurteilung zu einem Jahr Gefängnis ein. Die Worte, die sie vor der Frankfurter Strafkammer sprach, haben auch heute wieder aktuelle Bedeutung:

„Wir sind der Auffassung, daß Kriege nur dann und nur so lange geführt werden können, als die arbeitende Masse sie entweder begeistert mitmacht, weil sie sie für eine gerechte und notwendige Sache hält oder wenigstens dulgend erträgt. Wenn hingegen die große Mehrheit des werktätigen Volkes zu der Überzeugung gelangt — und in ihr diese Überzeugung, dieses Bewußtsein zu wecken, ist gerade die Aufgabe, die wir Sozialdemokraten uns stellen —, wenn, sage ich, die Mehrheit des Volkes zu der Überzeugung gelangt, daß Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind, dann sind die Kriege unmöglich geworden... das gesamte Volk... hat zu entscheiden, ob Kriege zustande kommen oder nicht.“¹

Wenige Monate später sollte Rosa Luxemburg erneut auf die

¹ Rosa Luxemburg, Ausgewählte Reden und Schriften, Dietz Verlag, Berlin 1951, II. Bd., S. 497.

Anklagebank gezerrt werden, weil sie die in der deutschen Armee üblichen Soldatenmißhandlungen angeprangert hatte. Angesichts des Aufmarsches von über 1000 Opfern der Soldatenmißhandlungen zog es der Staatsanwalt aber vor, den Prozeß einzustellen.

In all diesen Jahren, bis zum Ausbruch des imperialistischen Weltkrieges, sehen wir Rosa Luxemburg auf den Tagungen des Internationalen Sozialistenkongresses einen scharfen Kampf gegen den Opportunismus und gegen den imperialistischen Krieg führen.

Auf allen Parteitagungen der deutschen Sozialdemokratie ist sie eine von den opportunistischen Elementen gefürchtete Kämpferin, die nach allen Regeln der Kunst die Klinge zu kreuzen versteht. Sie fordert von der Parteiführung aktives und revolutionäres Auftreten in der Innenpolitik, im Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht, im inner- und außerparlamentarischen Kampfe, für den Massenstreik, im Kampfe gegen Militarismus und drohende Kriegsgefahr. In allen diesen Fragen trat sie als Führer der deutschen Linken „revolutionär auf“, „hat sie große und ernste Taten aufzuweisen“ (Stalin).

Im Kampfe gegen den Revisionismus Bernsteins, mit dem Rosa Luxemburgs Tätigkeit innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung begann, im Kampfe gegen den Opportunismus, gegen die Verherrlichung des Militarismus durch den Revisionisten Schippel, gegen den Millerandismus oder gegen den Verrat am belgischen Massenstreik im Jahre 1902, im Kampfe gegen Militarismus und drohenden imperialistischen Krieg — in all diesen Kämpfen stand sie an der Seite Lenins und der Bolschewiki. Aber sie stand nicht immer und nicht in allen Fragen konsequent an der Seite der Bolschewiki; mehr noch, sie stand gerade in entscheidenden Fragen im Gegensatz zu Lenin. Und das war keineswegs zufällig.

... die linken Sozialdemokraten in Westeuropa erwiesen sich nicht reif, um in die Fußtapfen der russischen Bolschewiki zu treten¹,

sagt Stalin in seinem Briefe an die Redaktion der „Proletarskaja Rewoluzija“.

¹ Siehe J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 428.

Trotz ihres revolutionären Auftretens war Rosa Luxemburg in einer Reihe grundsätzlicher Fragen keineswegs frei von Auffassungen, die Lenin und Stalin als halbmenschwistisch bezeichneten.

Sie war eine aufrichtige Anhängerin der sozialistischen Revolution und der Eroberung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse. Aber sie vertrat die verhängnisvolle Meinung, daß die Spontaneität der Massen entscheidend sei. Sie vermochte nicht zu verstehen, daß, wie Lenin sagte:

„jede Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung der Rolle des ‚bewußten Elementes‘, der Rolle der Sozialdemokratie, zugleich — ganz unabhängig davon, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, es wünscht oder nicht — die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter bedeutet“¹.

Daraus ergaben sich weitere entscheidende Fehler, vor allem in der Frage der Rolle der Partei, der Organisation der Partei, der Frage der Hegemonie des Proletariats und seiner Verbündeten. In der sozialistischen Partei sah sie nicht die organisierende Kraft, sie verstand nicht die Rolle der Partei als

„grundlegende, führende Kraft innerhalb der Klasse der Proletarier und unter den Organisationen dieser Klasse“²,

ohne die die Arbeiterklasse unter den neuen Bedingungen des Imperialismus nie in der Lage ist, ihre historischen Aufgaben zu lösen. Zwar spricht Rosa Luxemburg auch von der Führung durch die Partei, sie will sie jedoch nur auf die politische Führung beschränkt wissen, worunter sie „die sozialistische Führung im alltäglichen Kampf“ verstand, die dem „Proletariat in der Periode der kommenden Kämpfe die Taktik, die Ziele zu stecken“ hätte. Organisatorische, technische Vorbereitung von Massenstreiks und anderen Kämpfen anerkannte sie nicht als Aufgabe der Partei.

Diese Unterschätzung der organisierenden und führenden Rolle der Partei veranlaßte sie auch, dem Leninschen Plan des Aufbaus einer Partei neuen Typus entgegenzutreten und sich eindeutig

¹ W. I. Lenin, „Was tun?“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 206.

² Siehe J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 93.